

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M. u. Anz. 4. A. viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Hfpr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang **Hamburg, 11. Juli 1931** Nummer 28

Von unserem Breslauer Verbandstag

II.

Die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems lautete das Thema, das am dritten Verhandlungstage der Kollege Willi Eggert vom Bundesvorstand des DGB. behandelte. Das ausgezeichnete Referat, das von hoher Warte aus in die Zusammenhänge der schweren Weltwirtschaftskrise hineinleuchtete, wurde mit gespannter Aufmerksamkeit von der Generalversammlung entgegengenommen. Der Referent wies einleitend auf die lebhaften öffentlichen Auseinandersetzungen hin, die seit einigen Jahren in Deutschland geführt werden, welche Ursachen dieser Wirtschaftskrise von so furchtbarem Ausmaß zugrunde liegen, wo sie begann und wo sie enden wird. Leider können uns weder die Nationalökonomien noch die praktische Wirtschaftsführung irgendwelchen zuverlässigen Aufschluß geben; im Gegenteil, die Flut der literarischen Erzeugnisse über die Erscheinungen der Krise richtet nur weitere Verwirrung an.

Unsere Gewerkschaften haben demgegenüber immer wieder betont, daß die deutsche Krise nur ein Bestandteil einer sich entwickelnden Weltwirtschaftskrise ist. Ende Januar 1931 waren in Europa und den Vereinigten Staaten zusammen ungefähr 20 Millionen Menschen erwerbslos. Da auf einen Erwerbstätigen zwei bis drei Angehörige entfallen, bedeutet das, daß

die Gesamtzahl der von der Weltwirtschaftskrise Betroffenen ungefähr der Einwohnerzahl des Deutschen Reiches entspricht.

Die Wirtschaftskatastrophe läßt sich mit einem Brande vergleichen, der an einer Stelle der Welt ausbricht, dann mit züngelnden Flammen über den gesamten Erdball eilt und überall furchtbare Verheerungen anrichtet.

Deutschland hat in dem Kreislauf der Krise den Anfang gemacht, weil es infolge seiner Wirtschaftsstruktur als Einfuhrland in hohem Maße von der Finanz- und Wirtschaftstätigkeit Hollands, Englands und der Vereinigten Staaten abhängig ist. Erst später ist England in diesen Strudel gerissen, noch später die Vereinigten Staaten. Weit weniger sind die skandinavischen Länder betroffen. Holland, Belgien, Frankreich befinden sich erst im Anfangsstadium; schwer leiden Italien, die Schweiz, die Tschechoslowakei, ganz schwer Polen, weniger wieder Südslawien, während Rußland als Agrarstaat kaum so viel Industriearbeiter aufreiben kann, wie es für seinen Fünf-Jahres-Plan benötigt.

Am stärksten sind jedenfalls die alten großen Industriestaaten in Mitleidenschaft gezogen. Der alte nationalökonomische Lehrsatz von der Regulierung des Wirtschaftslebens durch Angebot und Nachfrage reicht zur Kennzeichnung der heutigen Krise nicht aus. Ein dringendes Gebot unserer gewerkschaftlichen Arbeit verlangt die Ergänzung der Lehren von Marx, Engels und Lassalle; denn selbst der gewaltigste Geist des Menschengeschlechts konnte die gegenwärtige Entwicklungsstufe des kapitalistischen Systems nicht voraussehen. Durch Krieg und Inflation war fast ganz Europa ungefähr während eines Jahrzehnts aus dem normalen Wirtschaftsprozess ausgeschaltet. Neue Volkswirtschaften und Industrien sind in dieser Zeit an allen Stellen der Welt entstanden. Heute läßt sich die Erde wie folgt aufteilen: 1. in einen hochkapitalistischen Raum (Europa, Vereinigte Staaten, Japan), 2. in einen halbkapitalistischen Raum (Asien), 3. in einen Raum mit wenig Maschinenkraft, wenig Menschen und geringer Kapitalinvestierung (Südamerika, Kanada, Australien, Mittelamerika, Südafrika) und 4. in einen nichtkapitalistischen Raum (Belgisch-Kongo, Westafrika, Sudan, Straf, Tripolis). Es gibt Gebiete in Asien, die jetzt nach dem Kriege das Drei- und Vierfache ihrer Vorkriegsproduktion produzieren. Ein fortgesetztes Aufsteigen der niederen Räume in die höheren findet statt. Die hochkapitalistischen Länder geraten zwangsläufig in krisenhaftes Gedränge, weil die neuen Industriestaaten zur Selbstversorgung wenigstens mit Konsumgütern überzugehen bestrebt sind. Der Verbrauchsgüter-

export der alten Industrieländer geht zurück, während die Produktionsmittelausfuhr steigt.

Die russischen Verhältnisse mit den deutschen vergleichen zu wollen, ist unmöglich. Rußland ist 16mal so groß als Deutschland und zählt trotzdem nicht einmal doppelt soviele Einwohner. Rußland ist zu 95 % ein Agrarstaat, während Deutschland jährlich für fast 4 Milliarden Mark Lebensmittel und Rohstoffe vom Weltmarkt beziehen muß. Rußland, früher der Welt Kornkammer, kann nicht einmal sein eigenes Volk ernähren. Trotzdem treibt es Roggendumpling. Wir haben alle Ursache zu verhindern, daß durch Dumping andere Länder schwer geschädigt werden; die Lebenshaltungen der höher stehenden Völker dürfen nicht herabgedrückt, sondern die der niedriger stehenden müssen erhöht werden.

Letzten Endes wurzelt die Krise in dem Unterschied zwischen dem gewaltigen Ausmaß der Erzeugung und der geringen Menge des Verbrauchs. Falsch ist aber, wie die Unternehmer sagen, daß wegen dieses Mißverhältnisses die Erzeugung gedrosselt werden müsse.

Wir leiden nicht an einer Überproduktion, sondern an Unterverbrauch infolge der geschwächten Kaufkraft. Gemäß einer Statistik des Weltbundes ist die Erzeugung an Rohstoffen und Lebensmitteln auf der Welt von 1913 bis 1928 von 100 auf etwa 125 angewachsen, während die Bevölkerungsziffer sich nur von 100 auf 110 erhob. Daraus ergibt sich, daß

15 % der Güter ungenutzt als Vorräte lagern

blieben müßten. Wir haben somit eine Wirtschaftskrise inmitten eines ungeheuren Reichtums der Welt. Eine gewaltige Güterfülle und dennoch darben die Völker! So erscheint

das kapitalistische System als letzte Ursache der Wirtschaftskatastrophe.

Die Preise haben einen beispiellosen Sturz erfahren. In Deutschland fielen sie vom 4. Dezember 1929 bis 4. Dezember 1930 um 20 bis 40 %. Der Großhandelsindex sank in Deutschland um 17,9 %, in England um 23,6 %, in den Vereinigten Staaten um 28,4 %, in Holland um 29,5 %, in der Schweiz um 28 %, in Japan um 26,6 %. Ueberall haben diese Preisstürze das Wirtschaftsleben beunruhigt und die Krise verschärft.

Auch die Lebenshaltungsindexziffern weisen eine absteigende Linie auf, jedoch nicht in so erheblichem Maße wie die Indexzahlen für den Großhandel. Die Differenz zwischen beiden Indexziffern geht zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und trägt zur Verschärfung der Not unter den Massen des Volkes bei. Für uns leitet sich daraus die Konsequenz ab, daß Erzeuger und Verbraucher unter Ausschaltung des Handels einander näher gebracht werden müssen. In dieser Hinsicht fällt insbesondere den Konsumgenossenschaften eine wichtige Rolle zu.

Die Zusammenbrüche des Ausfuhrhandels in einzelnen Ländern sind gleichfalls ungeheuerlich. Das Welt-handelsvolumen hat insgesamt durchschnittlich 25 % eingebüßt. Diese Krise hat im Außenhandel fast eine ebenso große Verwüstung angerichtet wie der Weltkrieg.

Man sieht: das kapitalistische System vermag wohl die Produktion gewaltig zu steigern, aber es ist nicht fähig, die Märkte aufzuschließen. Damit leugnet es den tieferen Sinn wirtschaftlicher Betätigung, nämlich die Menschen an dieser Entwicklung Anteil nehmen zu lassen.

Ganze Völker hungerten 1930 in Asien und Europa, obwohl in den Vorratskammern der Welt Riesenvorräte lagerten. 15,8 Millionen Tonnen Weizen, 16,2 Millionen Tonnen Zucker, 17,4 Millionen Tonnen Steinkohle, 2,2 Millionen Tonnen Baumwolle, 1,6 Millionen Tonnen Kaffee, 332 000 Tonnen Kupfer, 454 000 Tonnen Raufschutt!

Diese Zahlen richten das kapitalistische System vor der Geschichte. Wie aber kann man es bekämpfen? Soll man es zerbrechen wie 1917 in Ruß-

land? Deutschland ist auf Einfuhr angewiesen und kann sich solche Gewaltmethoden nicht gestatten. Sie würden einen Zusammenbruch und ein Abgleiten des Lebenshaltungsstandards der arbeitenden Masse in Deutschland vielleicht auf Jahrzehnte zur Folge haben. Es gibt Leute, die sagen: um ins ersehnte Land zu kommen, muß man das Unglück in Kauf nehmen. Derartige Auffassungen haben mit Sozialismus nichts zu tun, denn für uns Gewerkschafter steht nicht irgendein System, sondern stets nur der Mensch selbst im Mittelpunkt alles Tuns. Warum sollten wir zufriedener und glücklicher sein, wenn es allen gleich, aber schlechter geht? Wir müssen es besser machen als der Kapitalismus und sind überzeugt, daß sich die Wirtschaft mit Susanenattacken nicht umstellen läßt. Revolutionen kann man überhaupt nicht machen, sondern sie sind der Ausdruck der Spannungen in der Welt. Härte Deutschland sich seine einheitliche Arbeiterbewegung erhalten, so würde die Wirtschaftsentwicklung seit Kriegsausgang bei uns einen wesentlich ruhigeren Gang genommen haben. Es schlage sich aber jeder an seine eigene Brust und lege sich die Frage vor, wie viel er selbst zur Uneinigkeit innerhalb der Gewerkschafts- und Parteibewegung beigetragen hat. Es ist nicht möglich, daß die Arbeiterklasse der verschiedenen Ländern nach einem und demselben Erlösungswert beglückt werden kann. Indische, asiatische oder afrikanische Völker kann man nicht in Vergleich mit der deutschen Arbeiterbewegung bringen. Es ist nur darauf hinzuweisen, was in den letzten 12 Jahren in Deutschland erreicht worden ist auf sozialpolitischem Gebiete. Die Reparationen sehen wir Gewerkschafter als wirtschaftliche Widersinnigkeit an. Deutschland kann die Tributpflichtungen nur mittels Einkünften aus der Ausfuhr aufbringen und müßte deshalb in den letzten Jahren seinen Export um weitere 4 auf etwa 17 Milliarden Mark zu steigern versuchen. Die übrigen Völker jedoch wehren sich gegen das Eindringen deutscher Waren.

Alle Länder außer Holland und bis zu einem gewissen Grade auch England haben hohe Zollmauern um sich gezogen. Am schlimmsten treibt es in dieser Hinsicht Rußland, das mit seinem Außenhandelsmonopol die Einfuhr abriegelt. Um die Tributlasten aufbringen zu können, muß Deutschland die Freiheit der internationalen Verkehrswege fordern. Aber wir Gewerkschafter verlangen gleichfalls die Niederlegung der Zollmauern, weil jeder Zoll den breiten Massen das Leben verteuert, wie allein schon das Beispiel des deutschen Weizenzolles beweist.

Unsere Hauptaufgabe ist, zu versuchen, den Kapitalismus auf allen Lebensgebieten einzuengen. Deshalb kommt es für uns darauf an, die Situation in jedem Augenblick klar zu erkennen und zu meistern! Falsch ist die Annahme, daß die Höhe der deutschen Erwerbslosenziffer auf die Rationalisierung zurückzuführen sei. Sei langem schon kämpfen die Gewerkschaften gegen diese ungerechtfertigte Behauptung. Nach Berechnungen Wladimir Woytinskis sind in Deutschland nicht mehr als höchstens eine Million auf Konto der Rationalisierung zu setzen. Das Ansteigen der Erwerbslosenziffer von 600 000 im Jahre 1929 auf annähernd 5 Millionen im Frühjahr 1931 findet eine hinreichende Erklärung allein in dem Umstand, daß der Produktionsindex von damals bis jetzt um etwa 30 % gesunken ist. Die Krise hat die Menschen auf die Straße geworfen, nicht die Rationalisierung. Eine Bekämpfung der Rationalisierung kommt für eine klassenbewußte Arbeiterchaft nicht in Frage, denn das hieße ja den menschlichen Geist in Fesseln schlagen zu wollen.

Unsere Aufgabe liegt vielmehr darin, die Lebenshaltung der Bevölkerung dem errungenen technischen Fortschritt anzupassen.

Wir fordern als Hauptmaßnahme die 40-Stunden-Woche. Die Herabsetzung der Arbeitszeit muß generell für große und kleine Betriebe durch gesetzliche Regelung erfolgen. Einen Lohnausgleich haben wir vorläufig nicht gefordert. Wir

wissen nur zu gut, daß dieses doppelte Verlangen jede Aussicht auf Minderung der Arbeitszeit zerschlagen könnte. Die Gewerkschaften haben daher die Frage des Lohnausgleichs in der Schwebe gelassen. Wir müssen heute zugreifen, um zunächst die Arbeitszeitverkürzung zu bekommen. Den Lohnausgleich werden wir später schon wieder hereinholen. Auch früher haben wir ja niemals Herabsetzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes gleichzeitig durchsetzen können.

In keinem andern Staat hat man die Löhne durch staatliche Gewalt herabgedrückt. Lediglich in Deutschland ist das nunmehr eingetreten. Wir stehen vor der Aufgabe, unsere Bewegung durch den Sturm der Reaktion hindurchzuführen. Leider marschieren die Arbeiter nicht geschlossen. Bemühen wir uns darum, den gegenwärtigen Bestand zu erhalten und ihn aus der Krise in die Jahre neuen Aufbaus als Grundstock für neue Kämpfe hindüberzuführen. Erhalten bleiben muß die Einheit. Jede kleinliche Kritik schädigt unsern Kampf. Streiks werden keinen Nutzen bringen. Wer Massenbewegung entfacht, muß sich des Sieges einigermaßen sicher sein. Massenaktionen, die mit einer Niederlage enden, beschwören die Gefahr der Demoralisierung innerhalb der Bewegung herauf.

Unsere Waffe ist und bleibt der Appell an Vernunft und Verstand, an das Vertrauen unserer Arbeitskollegen zu ihren Führern. Nur geschlossenes Zusammenstehen ermöglicht es, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung weiterhin die Reaktion in ihre Schranken zurückweist. Deshalb soll die Lösung für uns heißen:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen noch Gefahr!“

Großer Beifall war der Dank, den die Delegierten dem Referenten für seine ausschlusreichen Ausführungen zollten. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung I.

Die tiefgehende und langdauernde Wirtschaftskrise, in die Deutschland hineingerissen worden ist, hat alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder erfasst. Die Zahl der Erwerbslosen in den Ländern Europas und der Vereinigten Staaten Nordamerikas beträgt zusammen rund 25 Millionen.

Diese Weltwirtschaftskrise ist im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem selbst begründet. Die Warenherzeugung in der Weltwirtschaft hat eine gewaltige Steigerung erfahren, aber die Innenmärkte der einzelnen Volkswirtschaften und der Weltmarkt sind mangels Kaufkraft der heillosen Völkermassen nicht aufgeschlossen worden. Weit und tief ist die Kluft zwischen Warenherzeugung und Warenverbrauch, zwischen Warenpreisen und Reallohnen, zwischen Güterfülle und Massennot.

In diesen Widersprüchen des kapitalistischen Wirtschaftssystems wurzelt die Weltwirtschaftskrise mit ihrer Katastrophe an den Arbeitsmärkten. Infolge der allgemeinen industriellen Entwicklung, wodurch frühere Agrarländer zu Industrieländern geworden sind, und ferner durch die von allen Ländern betriebene Schutzpolitik, werden diese Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems noch verschärft.

Der technische Fortschritt, die wissenschaftliche Betriebsführung, die höhere Organisation des ganzen

Arbeitsprozesses und alles was unter den Begriff „Rationalisierung“ zu verstehen ist, sollten zur Steigerung der Produktion, zur Verbilligung der Herstellungskosten, zur Hebung des Reallohnes und dadurch zur Erweiterung der Absatzmärkte führen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem aber hat die Rationalisierung als reine Produktionsreform durchgeführt. Die Rationalisierung ist dadurch statt zu einer Quelle der Wohlfahrt der Völker zu einem sozialen Uebelstand für die arbeitenden Klassen geworden. Die Vorräte, die im rationalisierten Produktionsprozeß erzeugt werden, türmen sich auf, während die arbeitenden Klassen erwerbslos darben und hungern.

Die Umgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zur Wirtschaftsdemokratie und zur Gemeinwirtschaft muß daher nach wie vor das Ziel der Arbeiter und Kämpfer unserer Gewerkschaftsbewegung sein.

Am schwersten lastet die Wirtschaftskrise mit fast 5 Millionen Erwerbslosen auf Deutschland. Die Verarmung des größten Teiles des deutschen Volkes durch Krieg und Inflation, das Milliardendefizit in den öffentlichen Haushalten, die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland und die rund 2 Milliarden Mark jährlicher Reparationen erhöhen seine ohnehin katastrophale Lage. Die Maßnahmen der Reichsregierung: amtlicher Lohndruck und Abbau der Sozialgesetzgebung, mildern die deutsche Wirtschaftskrise nicht, sondern verschärfen sie.

Die Generalversammlung erhebt daher gegen diese Regierungsmaßnahme und gegen die sozialen Ungerechtigkeiten der Notverordnung vom 5. Juni 1931 schärfsten Protest. Sie fordert demgegenüber eine fühlbare Senkung der Warenpreise, besonders der Preise für Lebensmittel durch Abkehr von der bisherigen Agrarpolitik, planmäßige Hochhaltung der Reallohne und -gehälter, eine scharfe Kontrolle der preissteigernden Monopol- und Kartellpolitik und die alsbaldige Abänderung der letzten Notverordnung im Sinne der sozialen Gerechtigkeit.

Die Generalversammlung erklärt ihr volles Einverständnis mit den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nach der allgemeinen gesetzlichen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung von Arbeitslosen. Besonders erhebt sie die Forderung nach Pflege und planmäßigem Aufbau der Wohnungswirtschaft. Sie ersucht den Verbandsvorstand, sich nach wie vor für diese Forderungen zum Wohle des Verbandes und der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen.

*

Die Unfall- und Gesundheitsgefahren unserer Berufskollegen. Zu diesem wichtigen Tagesordnungspunkt, über die Berufsgesfahren der Maler und Lackierer, führte Kollege Robert Sachs vom Bundesvorstand des ADGB. unter anderm aus, wie dringend notwendig für unsere Arbeitskollegen die Erhaltung der Lebens- und Arbeitskraft sei. Die Gefährdung der Berufskollegen sei besonders groß in den kleinen Werkstätten, die im Malergewerbe vorherrschen, weil in diesen die scharfe Konkurrenz die Unternehmer veranlasse, durch Nichtbeachtung der Schutzvorschriften in allererster Linie zu sparen. Dieses Sparen am falschen Ende bedeute jedoch Raubbau an der Gesundheit der Arbeiterschaft. In allen Werkstätten müßten daher die neuen Arbeiterschutzbestimmungen den Beschäftigten zur Kenntnis gebracht werden. Größere Schwierigkeiten stellen sich heraus bei Wanderbetrieben, wo nur für kürzere Zeit Schutzmaßnahmen getroffen werden müßten, da seien die Wasch- und Umkleieräume schlecht oder gar nicht vorhanden. Bei

Verzicht bestehe immer die Gefahr, daß die Gesundheit der Kollegen schwer darunter leidet.

Die Gefahrenquellen im Malergewerbe und bei den Lackierern seien bedeutend größer als gemeinhin angenommen werde. Als wichtigste Quellen der Unfallgefahr bezeichnete der Redner:

1. die Tätigkeit an hochgelegenen Arbeitsstellen (ungefähr 25 % aller Unfälle im Baugewerbe ereignen sich auf Gerüsten und Leitern, ein erheblicher Teil davon trifft auf Maler);
2. die Benutzung fremder Gerüste (Material und Zusammenstellung sind nicht immer vorschriftsmäßig), vor Beginn der Arbeit prüfen, ob alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen sind;
3. die Berührung mit elektrischem Strom (schon bei ganz harmlosen Reparaturen in Privatwohnungen), beim Anstreichen von Masten, Leitungen, in elektrischen Werken, Bahnhöfen, bei Beleuchtungskörpern usw.;
4. das Plagen der Windkessel beim Spritzverfahren infolge Konstruktionsfehler oder unsachgemäßer Bedienung des Apparates;
5. unzuverlässiges Funktionieren der Trockenöfen;
6. Brände in Lackierereien infolge Verwendung feuergefährlicher Flüssigkeiten;
7. Benutzung bleihaltiger Farben.

Sinn und Zweck haben die Bestimmungsvorschriften nur dann, wenn der Arbeiter selbst sie hinreichend beachtet. An diese Pflicht müssen die Kollegen immer wieder erinnert werden.

Gegenwärtig gehen Bestrebungen dahin, die bisherigen Bestimmungen zu vereinfachen. Es erfolgt deshalb zur Zeit ein Umbau der gesamten Unfall- und Krankheitsverhütungsvorschriften. Bei der Beratung der neuen Fassung sei von gewerkschaftlicher Seite besonders darauf Wert gelegt worden, der Arbeiterschaft eine aktive Mitarbeit am Kampfe gegen diese Gefahren zu ermöglichen. Nach langen Verhandlungen wurde erreicht, daß die Betriebsvertretung, die Obmänner, in Zukunft bei der Abwehr der Berufsgesfahren eingeschaltet werden. Pflicht des Betriebsrates wird es sein, an der fortlaufenden Ueberwachung der Betriebe teilzunehmen. Der Unternehmer hat ihnen u. a. das Recht der Beteiligung an der Revision und Besichtigung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten und Vertreter der Berufsgenossenschaften einzuräumen. Selbstverständlich wächst damit der Aufgabenkreis der Betriebsräte und Vertrauensleute ganz bedeutend, und zwar um so mehr, als die Ueberwachung der Betriebe durch die Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften bisher oft unzulänglich war.

Jede Unterlassungssünde wiegt schwer auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes. Es wird daher vornehmste Aufgabe jedes Funktionärs sein, auf Abstellung der Mängel zu dringen und die jetzt erreichte Möglichkeit aktiver Mitwirkung an der Behebung der Gefahr energisch auszunutzen. Insbesondere die Leiter der Jugendabteilungen sollen sich um die Aufklärung ihrer jugendlichen Arbeitskollegen mehr noch als bisher bemühen. Die theoretischen Voraussetzungen zur Abwehr der Gefahren sind uns in großem Umfang gegeben. Viele Schutzbestimmungen bestehen; wirksam aber werden sie nur, wenn wir selbst eingreifen, dem toten Buchstaben den wirkungsvollen Schutz, das Lebende, durch uns selbst zu geben. Die Kollegen auf den Arbeitsstellen brauchen in gewissen Fällen nicht ihre Existenz aufs Spiel zu setzen. Genügt nicht die eigene Kraft, dann ist die Organisation die Stelle, die eingreifen wird. Die Abwehr der Unfallgefahren setzt stets die Kraft der Organisation

Fred und Toni über den Lohnabbau

„Holt der Teufel, nun haben sie uns ja richtig geschöpft. 10 % ist doch allerhand. Schließlich werden wir noch alle mitkommen.“ Der Toni Willner war's, der so sprach, als er seinem Kollegen, dem Fred Bornemann, der beim Vesper sein Verbandsorgan vor sich liegen hatte, über die Schulter schaute und die Ueberschrift über dem Leitartikel des „Maler“ sah: „10 % zent Lohnabbau im Malergewerbe!“

„Verreden? Na ja, viel war ja nicht verloren, wenn's deiner Sorte so erginge“, gab Fred zurück, nachdem er einen Augenblick den Toni angeschaut hatte.

„Quassel doch nicht, Mensch, ich verstehe mein Handwerk genau so wie du, daß du das weißt“, erwiderte Toni.

„Wer redet denn von der Handwerkererei?“ sagte Fred. „Sicher verstehst du dein Handwerk. Aber Geld kriegt du bestimmt immer noch zu viel. 30 % hätten sie reißen sollen, dann wär's für euch erst richtig.“

„Was heißt für euch richtig! Du bist doch auch mit dabei, oder gehörst du nicht zum Malergewerbe, hä?“

„Gewiß gehöre ich zum Malergewerbe, aber nicht zu der Sorte von Gehilfen, die mitschuldig sind am Lohnabbau.“

„Ach, Mensch, ich weiß schon wo du hinaus willst. Von wegen dem Malerverband und so. Aber was ist denn jetzt? Was hat der Verband denn gemacht? Da steht's doch schwarz auf weiß: 10 % Abbau, fertig! Also bitte, was macht der Verband?“

„Der mal, Toni“, sagte Fred darauf, „bist du eigentlich dumm oder heißt du dich so dumm?“

„Das hat doch mit Dummheit nichts zu tun, wenn es hier hebr! 10 % kriegt du weniger und deine Beiträge zahlst du noch dazu. Feines Geschäft, wirklich. Schwere doch etwas von Dummheit mit dem ganzen Zusammenhang.“

„Sag mal“, meinte Fred jetzt langsam und etwas nachdenklich, „wie stellst du dir eigentlich die Sache vor, so mit dem Ding da, ich meine, wie das so vor sich geht mit dem Lohnabbau?“

„Na, das ist doch einfach. Die Bongen schmeißen das so mit den Meistern, und wir Gehilfen können dann zur Kenntnis nehmen, was sie ausgeheckt haben.“

„Ich will dir mal was sagen“, gab Fred zurück, „erstens habt ihr gar nichts zur Kenntnis zu nehmen, was unsere Verbandsvertreter tun, das ist nämlich allein Sache der Organisierten. Zum andern aber wird zwischen den und den Meistern nichts ausgeheckt, wie du dich so schön ausdrückst, sondern ihrer Tätigkeit haben wir zu danken, daß die Meister nicht nach Belieben die Löhne kürzen und einen bestimmten Tariflohn einhalten müssen.“

„Ach, Mensch“, sagte Toni, „du redest wie ein Sekretär; aber damit kannst du bei mir keinen Eindruck schinden.“

„Quatschlopp!“ Fred pläzte ganz erboft so los. „Ich will dir das mal anders klarzumachen suchen“, sagte er, aber dann wieder gleich besänftigt.

„Du kennst doch unsern Meister. Du weißt auch, wie der sich die neue Lohnregelung immer dachte. 30 % sollte doch das allerwenigste sein, das wir nachlassen müßten. Glaubst du, daß der einen Augenblick zögerte, wenn er freie Hand hätte?“

„Du sagst gar nichts“, fuhr Fred fort, als Toni schwieg und etwas verlegen geworden nach der Decke schaute, „hast auch recht. Du weißt, daß draußen soviele Gehilfen arbeitslos stehen, als jetzt im Betriebe sind. Was wolltest du machen, wenn der Malerverband keinen Tarifvertrag hätte mit den Meistern? Da könnten die nach freiem Ermessen handeln. Und wenn unsere Meister 30 % abbauen würden, könntest du dagegen opponieren? Der Meister würde dich glatt hinauswerfen, weil er unter den Arbeitslosen genug Gehilfen kriegt, die dich ersetzen würden.“

„Warum macht er's denn nicht so?“ Toni fragte das etwas unsicher.

„Na, das habe ich doch eben erklärt“, sagte Fred. „Weil er nicht kann, weil er an den Vertrag gebunden ist. Und warum ist er das? Weil unser Malerverband da ist, dem wir den Tarifvertrag zu danken haben.“

„Warum läßt der Verband den Vertrag so ver-schlechtern?“

„Das ist es ja gerade, was ich dir im Anfang schon begrifflich machen wollte, nämlich, weil immer noch zu viel Gehilfen nicht zu uns gehören und damit unsern Einfluß schwächen. Der Verband kann uns helfen entsprechend seiner Stärke. Wir haben es fertig gebracht, die Forderungen der Meister zum großen Teil abzuwehren. Wir sind nicht stark genug, um zur Zeit die Forderungen ganz abzuwehren zu können. Wären alle Gehilfen organisiert, die arbeitenden und die arbeitslosen, dann hätten wir wahrscheinlich noch besser abgeschnitten. Das muß dir doch klar sein. Von selbst und freiwillig gibt kein Arbeitgeber etwas, das weißt du doch auch. Er verzichtet auch nicht freiwillig auf etwas. Also, wenn die Meister mit ihren Forderungen nicht durchkommen, dann muß doch dabei eine andere Macht schuld gewesen sein. Und das ist nur der Verband.“

„Du redest so daher, als ob du sagen wolltest, daß ich trotz dem Abbau in den Verband gehen soll, um auch noch Beiträge zu zahlen, also doppelten Lohnabbau zu bekommen; das wäre ja erst richtig.“

„Jawohl wäre das erst richtig. Denn wenn du einsteigst, daß ohne den Verband der Verlust noch viel größer wäre, und daß freiwillig die Meister nichts geben, dann muß du auch einsehen, daß wir gerade jetzt doppelt besorgt sein sollten, um den Verband zu stärken. Das ist nämlich die einzige Garantie, weitere Verluste verhindern zu können und bei besseren Zeiten den Schaden wieder wettzumachen.“

Toni schaute nachdenklich den Fred an.

„Na“, meinte dieser, „steht du das ein, dann mußt du auch die Konsequenzen ziehen und zu uns kommen.“

„Ich weiß nicht, ich bin mir noch nicht so ganz klar“, gab Toni zurück.

„Gut, dann nimm dir mal hier unser Verbandsorgan mit. Warte, ich habe dort in meinem Eckrand noch die Nummern der letzten drei Monate, die kannst du auch mithaben, du mußt mir aber versprechen, sie wiederzubringen. Lies dann alle einmal bedächtig durch und sag mir nachher Bescheid, wie du's hast.“

Toni war einverstanden und — ich füge das nur der Vollständigkeit halber hinzu — drei Tage später Mitglied des Verbandes. Der Fred hatte die Lohnbewegung richtig ausgenutzt. L. Sibiehl

voraus, aber Mitarbeit, Vertrauen und Einigkeit bilden eine feste Abwehrfront, sie sind die drei Faktoren, die auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes wie in jedem andern Zweig gewerkschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Erfolges sind.

Dem allgemein mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft, interessante Aussprache an. Kollege Schwabe ergänzte den Vortrag noch eingehend in bezug auf den seit vierzig Jahren geführten Kampf unseres Verbandes gegen die Bleigefahren und die die Gesundheit schädigenden Verdünnungsmittel, besonders in der Lackiererei. Bedauerlich sei, daß die neue Bleiweißverordnung nicht das Spritzverfahren mit bleihaltigen Farben verboten und auch sonst manche berechtigten Forderungen der Berufskollegen nicht erfüllt habe.

Kollege Schwaß machte in seinem Schlußwort bekannt, daß ein Antrag auf Erweiterung der Liste der entschädigungspflichtigen Krankheiten dem Arbeitsminister bereits unterbreitet sei. Die Forderung einer sogenannten Spritzzulage sei nicht empfehlenswert, weil dadurch leicht Kollegen an der Aufrechterhaltung gesundheitswidriger Zustände im Betriebe interessiert werden könnten. Stete Fühlungnahme mit den Gewerbeaufsichtsbeamten sei unerlässlich; auch den Berufsgenossenschaften sollte bei sich zeigenden Mängeln Mitteilung gemacht werden. Die zu diesem Punkt vorliegenden zwei Anträge von den Filialen Dresden und Hamburg wurden dem Vorstand überwiesen.

Einstimmig gelangte dann folgende Entscheidung zur Annahme:

Unter voller Anerkennung der auf dem Gebiete des Unfall- und Gesundheitsschutzes vom Verbandsvorstand geleisteten Arbeit und erzielten Erfolge verkennt die Generalversammlung nicht, daß trotz der Verbesserungen des Arbeiterschutzes im Maler- und Lackiererberuf die Unfall- und Gesundheitsgefahren unverändert weiterbestehen. Dazu kommt, daß in den letzten Jahren durch die Verwendung neuer gesundheitsgefährdender Materialien und neuer unfallbergender Arbeitstechniken weitere Gefahren erwachsen sind, die die Organisation zur größten Aufmerksamkeit verpflichten. Obwohl die neue Bleifarbenverordnung vom 25. Mai 1930 einen Fortschritt bedeutet, genügt sie unsern Anforderungen nicht, da die Ausnahmegestimmungen zu § 2 Absatz 2 einen wirklichen Gesundheitsschutz unmöglich machen. Angesichts der im Jahresbericht 1929 der Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellten mehr als 200 Bleierkrankungen fordern wir für Innen- und Außenanstriche, insbesondere aber für das Spritzverfahren, das völlige Verbot der Bleifarben, die mehr als 2% Blei enthalten. Technische und wirtschaftliche Gründe stehen einem solchen Verbot nicht entgegen.

Da ein solches Verbot nicht besteht, ist die schärfste Anwendung der bestehenden Schutzbestimmungen zu fordern, zu deren Durchführung aber eine Vermehrung der Aufsichtsbeamten durch Vertreter der Arbeiterschaft unumgänglich notwendig ist. Wir fordern aber auch eine der Bedeutung der Arbeiterschaft entsprechende Mitwirkung in den Berufsgenossenschaften und die Deklarationspflicht bei gesundheitsgefährlichen Materialien.

Die Generalversammlung begrüßt den vom sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates dem Reichsarbeitsministerium zugeleiteten Antrag bezüglich des verbesserten Gesundheitsschutzes in den Lackierereien und erwartet, daß weitere Schritte nach dieser Richtung hin erfolgen werden.

Der Verbandsvorstand wird von der Generalversammlung beauftragt, sich mit aller Entschiedenheit bei den zuständigen Behörden für den weiteren Ausbau des Unfall- und Gesundheitsschutzes einzusetzen, andererseits aber auch bemüht zu sein, in unsern Kollegentreisen das Verständnis für die Innehaltung der unfall- und krankheitsverhütenden Vorschriften zu fördern und zu pflegen.

Die Generalversammlung entsandte am Donnerstag nach Schluß der Sitzung eine Delegation nach dem Grabe Ferdinand Lassalles, um dort einen Kranz niederzuliegen.

Am letzten Verhandlungstag standen die Anträge zur Beratung, die von den Filialen und Zahlstellen zum Statut gestellt waren, und die „sonstigen Anträge“. Da die Vorberaterkommission sich schon vorher eingehend mit allen Anträgen zur Tagesordnung und zur Satzungsänderung beschäftigt hatte, nahm die Generalversammlung die Stellungnahme der Kommission durch den Berichterstatter, Kollegen Altenberndt, entgegen und entschied sich fast durchwegs nach deren Vorschlägen. Der größte Teil der Anträge mußte, weil nicht durchführbar oder ungewinnlich, abgelehnt werden; ein Teil erledigte sich durch die Annahme der vorgelegten Entschlüsse oder wurde zurückgezogen, der restliche Teil wurde angenommen respektive dem Vorstande überwiesen.

So wurde beschlossen: Die Anträge auf eine übersichtliche Gestaltung der Satzungen sind dem Vorstand zu überweisen. — Angenommen wurden die Anträge des Vorstandes zum § 4, daß an den Sitzungen des Filialvorstandes je ein Vertreter der Berufsabteilungen, der Betriebsräte und Obleute und der Jugendabteilung mit beratender Stimme teilnehmen kann. — Ferner sind in den Filialen Berufsabteilungen zu bilden, wenn die Angehörigen der einzelnen Berufe in größerer Zahl vorhanden sind.

Das Eintrittsgeld wurde, einem Antrage des Vorstandes entsprechend, für männliche Mitglieder auf 1 M festgelegt. Davon erhält die Hauptkassse 80 % für weibliche Mitglieder beträgt es 50 % (für die Hauptkassse 40 %). Lehrlinge zahlen kein Eintrittsgeld. — An Stelle des Wortes „Generalversammlung“ soll es künftig heißen: Verbandstag. — Die Verbandstage finden alle drei Jahre statt; die Einberufung wird vier Monate vorher bekanntgegeben. — Dem § 11 wird folgende Ziffer 9 angefügt: Alle Gelder und Einrichtungen der Hauptverwaltung, Bezirke, Filialen und Zahlstellen sind Eigentum des Verbandes, der durch die Ver-

Ihre eigenen Totengräber

Es wird in Deutschland und auch in andern Ländern mit dem Fortbestand einer hohen Arbeitslosigkeit gerechnet. Mehr oder weniger richtet man sich darauf ein. Wie die neueste deutsche Notverordnung zeigt, müssen gewaltige Lasten von der erwerbstätigen Bevölkerung übernommen werden. Daneben hört man aber auch heftige Kritik an den sozialen Lasten, die der Staat und die Unternehmer zu leisten haben. Die deutschen Unternehmer sind nicht schlau genug, um einzusehen, daß soziale Lasten das Lösegeld sind, das der Unternehmer den beschäftigten Bevölkerungsschichten gegenüber zu tragen hat. In seinem Buche „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ führt Prof. Bonn über Löhne, soziale Lasten und den Bestand des Kapitalismus scharfsinnig folgendes aus:

„Seit die Grenzen der überseeischen Welt geschlossen sind, in die die überschüssigen Menschen einwandern konnten oder einzuwandern hofften, muß man für sie in Europa sorgen. Der Kapitalismus, der soziale Lasten einsparen will, ohne sie durch hohe Löhne überflüssig zu machen, organisiert in der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen unbewußt die wahre „Kote Armee“. Ein Kapitalismus überbies, der nicht von den Kapitalisten gestützt wird und dessen Ergebnisse hohe Preise sind, kann sich nur halten, wenn hohe Preise bei voller Beschäftigung von hohen Löhnen begleitet sind. Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne große soziale Störungen durchzuführen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten. Sucht man Löhne, die, an den Löhnen anderer Länder gemessen und mit der Vorkriegszeit verglichen, nicht hoch sind, herabzubringen, um die verlorene Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen, ohne Preise abzubauen oder unrentable Kapitalien auszubilden, so gefährdet man den Kapitalismus.“

Diese Worte sollten sich namentlich die deutschen Unternehmer hinter die Ohren schreiben. Das arbeitende Volk ist nur für eine gewisse Zeit bereit, solche gewaltigen Lasten wie gegenwärtig auf sich zu nehmen. Uebersieht sich die Verhältnisse nicht, dann kann für den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft für niemand garantiert werden. Die engstirnigen Unternehmer sehen dies nicht ein. Deshalb sind sie unbewußt die eigenen Totengräber der kapitalistischen Wirtschaft. Wenn sie dies in ihrem blindwütigen Haß gegen die Arbeiterklasse nicht einsehen wollen, so soll uns das recht sein.

mögensverwaltung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weisbinder Deutschlands, G. m. b. H., Hamburg, vertreten wird.“

Alle Anträge auf Regulierung der Beiträge wurden abgelehnt. An dem bisherigen Grundsatze der Beitragserhebung wird festgehalten. Zustimmung fand der Antrag, daß zu dem Hauptklassenbeitrag ein Filialzuschlag von mindestens 10 % in den Klassen 1. und 2. kommt, in den übrigen Klassen von mindestens 20 %. Der Zuschlag bei Streikunterstützung wird künftig auch den Frauen der Mitglieder gewährt. — Den Anträgen auf Ausbau der Sterbe- und Invalidenunterstützung konnte nicht entsprochen werden, dagegen tritt in der Erwerbslosenunterstützung, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit am Orte, eine Verlängerung der Unterstützungsdauer von je fünf Tagen in den vier Stufen ein, also auf 25, 35, 45 und 55 Tage bei einer Kürzung der bisherigen Sätze um je 5 % pro Tag. Eine Unterstützungsperiode umfaßt, vom Tage des Eintritts beziehungsweise vom ersten Unterstützungstage an gerechnet, die Zeit, in der 60 Vollbeiträge geleistet sind. — In Ziffer 18 des § 23 wurden statt vier Wochen sechs festgesetzt.

Unter den „sonstigen Anträgen“ wurden zehn, die sich mit dem Zusammenschluß mit dem Baugewerksbund befaßten, gegen vier Stimmen abgelehnt. Zwölf Anträge, die sich mit einer neuen Regulierung der Gehälter der Angestellten des Verbandes befaßten, wurden durch den Beschluß auf Uebergang zur Tagesordnung gegen zwölf Stimmen erledigt, nachdem festgestellt worden war, daß schon seit Herbst vorigen Jahres alle Angestellten eine freiwillige Verzichtleistung von 10 bis 15 % zugunsten der erwerbslosen Kollegen durchgeführt hatten und vom 1. Mai 1931 an mit dem Lohnabbau gleichzeitig eine Kürzung um 10 % eingetreten ist.

Zum Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. wurden als Delegierte gewählt die Kollegen Bag, Mart, Vogt und Nuth, als Stellvertreter Kollege Beringer.

Die Mitglieder des Beirats werden für die laufende Geschäftsperiode von folgenden Filialen bestimmt:

1. Bezirk: Breslau und Potsdam; Stellvertreter: Berlin und Stettin.
2. Bezirk: Frankfurt a. M. und Gießen; Stellvertreter: Kassel und Marburg.
3. Bezirk: Bremen und Schwerin; Stellvertreter: Wilhelmshaven und Neumünster.
4. Bezirk: Bochum und Wuppertal; Stellvertreter: Dortmund und Köln.
5. Bezirk: Dresden und Nordhausen; Stellvertreter: Dresden und Nordhausen.
6. Bezirk: Weidelsberg und Stuttgart; Stellvertreter: Freiburg und Pirmasens.
7. Bezirk: München und Nürnberg; Stellvertreter: München und Nürnberg.

Der Verbandsvorstand und die Bezirksleiter wurden gegen die Stimmen der drei Leipziger Delegierten wiedergewählt. Der Bezirksleiter Kollege Buch ist krankheitshalber von seinem Posten zurückgetreten. An Stelle des Kollegen Mart, der mit Rücksicht auf sein Alter die Redaktion des „Maler“ niederlegt, wurde der Reichsjugendleiter, Kollege Mehrens, gewählt. Als Obmann des Ausschusses wurde Kollege Bertram wiedergewählt.

Warme Abschiedsworte richteten die abreisenden Kollegen Doves, Amsterdam, und Larsen, Kopen-

hagen, an die Generalversammlung. Beide Kollegen dankten für die ihnen bezeugte Gastfreundschaft und betonten, daß die Teilnahme am Kongress ihrer deutschen Klassengenossen ihnen wertvolle Anregungen für den Kampf in ihrer Heimat mit auf den Weg gegeben habe. Auch in ihren Ländern hemme das kapitalistische System mit seinen Sinnwidrigkeiten und Anzulänglichkeiten den Aufstieg der menschlichen Gesellschaft. Unter einer wohlorganisierten sozialistischen Wirtschaftsform aber werde es keine Arbeitslosigkeit mehr geben. Wie ihnen gerade der Besuch Dreslaus gezeigt habe, sei Arbeit für unsere Kollegen in Hülle und Fülle vorhanden. Die erhofften besseren Zeiten könnten nicht ausbleiben, wenn die Arbeiterbewegung in allen Ländern ihre Einigkeit und Kraft zu erhalten sucht.

Die Generalversammlung belohnte die freundlichen Abschiedsworte der ausländischen Kollegen mit reichem Beifall und bekundete damit aufs neue den unverbrüchlichen Willen der deutschen Maler zum Festhalten an der internationalen Solidarität.

Den Kollegen Mart und Buch bereitete der Verbandstag einen ehrenvollen Abgang. Mit herzlichsten Worten echter Freundschaft würdigte der Verbandsvorsitzende, Kollege Bag, im Namen der gesamten Kollegenschaft die Verdienste dieser Männer um den Verband. Beide Kollegen haben jahrzehntelang den Interessen der Organisation treu gedient. Kollege Mart gehört zu den ersten Kämpfern des Malerverbandes und war 35 Jahre lang an verantwortlicher Stelle innerhalb des Verbandes tätig. Werden und Ausbau des „Maler“ sind einzig und allein sein Verdienst. Kollege Mart dankte für die Ehrung, dankte für die Mitarbeit der Funktionäre an den Aufgaben der Schriftleitung und für das Vertrauen, das man ihm dargebracht habe. Mit einem Hoch auf den Malerverband nahm er von der Generalversammlung Abschied.

Kollege Bag schloß den Verbandstag mit einem Rückblick. Der Verlauf der Generalversammlung habe wiederum erwiesen, daß der Geist der Einigkeit, des Vorwärtstreibers, des Verständnisses für die Schwierigkeiten der Organisationsarbeit in der Mitgliedschaft nicht erloschen sei. Dieser Geist sei ein günstiges Zeichen für die Zukunft. Er gewährleiste, daß der Verband zum Wohle der deutschen Maler auch weiterhin blühen und gedeihen werde.

Dank müsse er aber auch im Namen der Generalversammlung aussprechen den Kollegen Dreslaus für die gute Aufnahme, der Verwaltung des Gewerkschaftshauses und der Redaktion der „Vollstreckung“ für die ausgezeichnete Berichterstattung, insbesondere danke er noch dem Kollegen Wagner und den Kollegen, die während der Tagung in so kollegialer Weise jederzeit den Delegierten zur Seite gestanden haben.

Ein Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung und die Maler-Internationale beendete die gut verlaufene und erfolgreiche Tagung.

12. Ausschusssitzung des 1931.

Der Ausschuss des VOB trat am 20. Juni im Reichswirtschaftsrat zu seiner 12. Sitzung zusammen.

In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes wies Leipart unter andern darauf hin, daß der Bundesvorstand zu der Frage des neunten Schuljahres Stellung genommen und eine Eingabe zu der Sanierung der Invalidenversicherung an die Reichsregierung gerichtet habe. Sowohl die Richtlinien zum neunten Schuljahr wie die Eingabe zur Invalidenversicherung sind aus der Presse bekannt. Leipart streifte kurz die Ausschusssitzung des VOB in Madrid und die bisherigen Vorschläge der vom VOB und der GMS eingesetzten Abrüstungskommission.

Leipart ging dann auf diejenigen Bestimmungen der Notverordnung ein, die auf die Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit in bestimmten Industrien abzielen. Die vorgesehenen Maßnahmen entsprechen in keiner Weise der Forderung der Gewerkschaften nach allgemeiner gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit. Der Bundesausschuss wird sich auch mit der Frage der Lehrlingsordnung beschäftigen müssen. Der Standpunkt der Gewerkschaften war stets, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge im Tarifvertrag geregelt werden sollen. Nun sind eine Reihe von Verbänden dazu übergegangen, nicht nur die Lehrverhältnisse, sondern auch die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge in der Lehrlingsordnung zu regeln. Zu diesem Punkt liegt eine Entschliessung vor, über die noch besonders verhandelt werden wird.

In der Aussprache betonte Bernhard: Die Verkürzung der Arbeitszeit bleibt die Forderung der Gewerkschaften. Sie ist eine arbeitsmarktpolitische Forderung. Wir wollen arbeitslose Kollegen in die Betriebe bringen. Das ist die Begründung der Gewerkschaften. Die technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind dabei zu berücksichtigen. Aber auch unter diesen Gesichtspunkten, bei deren Erörterung auch die durch Rationalisierung eingetretene Leistungssteigerung berücksichtigt werden muß, ist die Arbeitszeitverkürzung zu rechtfertigen. Die Gewerkschaften müssen für die Arbeitslosen sorgen. Auch Brandes erklärte es für selbstverständlich, daß die Gewerkschaften an der 40-Stunden-Woche nach wie vor festhalten müssen. Eggert bemerkte, daß in den Jahren 1924 bis 1929 eine Steigerung der Produktion um 50 % eingetreten sei. Angesichts dieser Produktionssteigerung, die ein nur zu 80 % ausgenutzter Produktionsapparat ermöglicht hat, muß der Bund die Arbeitszeitfrage unter großen, mit langen Zeiträumen rechnenden Gesichtspunkten betrachten. Die Arbeitszeitverkürzung liegt im großen Zuge der Entwicklung. Sie darf nicht nur unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise beurteilt werden. Kraus und Thiemig treten dafür ein, daß der Einstellungsdruck gefordert werden müsse.

Leipart stellte in seinem Schlußwort als die einmütige Auffassung des Bundesvorstandes fest, daß der Einstellungsdruck auch in den Durchführungsbestimmungen festgelegt werden müsse. Bei dem Kampf um die 40-Stunden-Woche ist zu beachten, daß ihre Durchführung erst dann den Forderungen der Gewerkschaften ent-

sprechen wird, wenn sie verbunden ist mit einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.

Stellungnahme zur allgemeinen Lage

Die Verhandlungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur allgemeinen Lage“ leitete Leipart mit einem kurzen Bericht über die Schritte ein, die der Bundesvorstand bei der Reichsregierung und dem Reichsarbeitsministerium unternommen habe, um vor der Veröffentlichung der Notverordnung die Auffassung der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen.

Leipart schloß seine Ausführungen ab mit einer eingehenden Begründung der Entscheidung, die der Bundesvorstand vorlegt.

In der Debatte kam in den Reden der Verbandsvertreter die einmütige, schärfste Ablehnung der Notverordnung zum eindeutigen Ausdruck.

Für die Bauarbeiter schafft die neue Notverordnung ein neues Ausnahmerecht, das alle bisherigen Maßnahmen, die in den letzten Jahren in gleicher Richtung gingen, noch überbietet.

Von allen Seiten wurde mit größter Entschiedenheit die Forderung erhoben, die hohen Pensionen zu kürzen. Die Art, in der die kleinen Einkommen besteuert werden, widerspricht dem Geist der Verfassung mindestens so sehr wie die Kürzung der hohen Pensionen ihrem Buchstaben.

Die finanzielle Notlage, die noch nicht überwunden ist, und verschärft wurde durch die politische Krise, wäre durch den Sturz der Regierung sicher überaus schwierig geworden. Diese Situation muß in Erwägung gezogen werden, wenn man die politischen Entscheidungen der letzten Wochen verstehen will.

Am Schluß der Debatte wurde die vom Bundesvorstand vorgelegte Entscheidung vom Bundesauschuß einmütig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Entscheidung

Der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes drückt seine Ueberzeugung dahin aus, daß eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands durch die Notverordnung vom 5. Juni dieses Jahres nicht erreicht werden kann.

Ingefaßt der bedrohlichen Lage, die durch die fortwährenden umfangreichen Kündigungen von Auslandsgehobenen und die zum Teil auch durch Kapitalfluchtbedingten Devisenabflüsse herbeigeführt ist, muß die Sicherung ausländischer Hilfsbereitschaft dringend gefordert werden.

Das außerdem eine weitgehende Erleichterung der Reparationslasten auf schnellstem Wege erstrebt werden

muß, wird von den Gewerkschaften nicht erst jetzt betont. Gegenüber andern Rundgebungen unverantwortlicher Kreise vertreten die Gewerkschaften mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nach wie vor mit aller Entschiedenheit die Forderung einer friedlichen Verständigung.

Für das Reich können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für deutsche Rechnung oder für Rechnung internationaler Kräfte in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden.

Ingefaßt der brutalen Sparmaßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet ist es nicht länger zu vertreten, daß die von der überwiegenden Mehrheit als notwendig und unvermeidlich anerkannte Reichsreform hinausgeschoben



Schutz vor Wetter und Verfall! Lack und Farbe überall!

Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.

wird. Zur Verwirklichung dieser Maßnahme, die große Mittel freisetzen wird, müssen ernste Schritte getan werden. Die Ausschaltung der Gewährung von Pensionen an im Erwerbsleben stehende frühere Beamte und Offiziere müßte in der augenblicklichen Notzeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Die seitherige nur privatwirtschaftlichen Interessen dienende Politik der Subventionen muß verlassen werden. Notwendiger noch ist die sofortige Abkehr von der „Algerä“ politik, die den Verbrauch belastet und einschränkt und durch das Streben nach Sonderprivilegien für die Landwirtschaft alle Handelsverträge gefährdet.

Daneben erheben die Gewerkschaften erneut die Forderung nach scharfer Kontrolle der Kartelle und Monopole, deren ungesunde Preispolitik insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt die Lage dauernd verschlimmert; die Forderung nach Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft der Verbrauchermassen; nach Verkürzung des Weges der Güterbewegung durch unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen Produzenten und Kleinverkauf; nach ernstesten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, insonderheit durch zielbewußte Wohnungswirtschaft und eine vernünftige Siedlungspolitik; nach der allgemeinen gesetzlichen 40stündigen Arbeitswoche mit dem Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Arbeitslosen.

Den Kampf um diese nächsten Aufgaben muß die organisierte Arbeiterschaft mit Hartnäckigkeit und Ausdauer unter Anspannung aller Kräfte weiterführen. Wir sind der Treue der Mitglieder sicher, aber wir rufen auch die übrige Arbeiterschaft auf, sich in unsern Verbänden zu vereinigen, um den Sieg über die soziale Reaktion und alle Feinde der Arbeiterinteressen zu erringen.

In seinem Schlußwort sprach Leipart der Sozialdemokratischen Partei den Dank der Gewerkschaften für den moralischen Mut aus, den sie in den Stunden schwerster politischer Entscheidungen gezeigt hat. Die Schicksalsgemeinschaft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften, die sich in diesen letzten Wochen in einer der großen Tradition beider Zweige der Arbeiterbewegung würdigen Weise bewährt hat, wird sich auch den kommenden Zeiten gewachsen erweisen.

Schaffung von Lehrlingsordnungen

Zu diesem Punkt der Tagesordnung, einer Frage, die für Lehrlinge und Gewerkschaften gleich wichtig ist, sprach Schlime. Etwa eine Million Lehrlinge befinden sich in der Ausbildung, davon etwa 750 000 bei Handwerksmeistern. Das Lehrverhältnis, das von vielen Innungsmeistern noch als reines Erziehungsverhältnis verteidigt wird, ist in Wirklichkeit Ausbildungs- und Arbeitsverhältnis. Seitdem die Gewerkschaften gesetzlich auch im Handwerk anerkannt sind, haben sie versucht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für Lehrlinge trotz heftiger Gegenwehr tarifvertraglich zu regeln.

trozdem nicht gelungen ist, geht das Bestreben auf Schaffung von Lehrlingsordnungen, die zwischen Gewerkschaften und Innungsverbänden teilweise unter Mitwirkung des Handwerks- und Gewerbelammertages abgeschlossen wurden. Im Buchdruckgewerbe hat der Buchdruckerverband, gestützt auf den Reichstarifvertrag, in einer besonderen Lehrlingsordnung folgende Gebiete geregelt: Eignungsprüfung, Lehrvertrag, Höchstzahl der Lehrlinge, Lehrzeit, Kostgeld, Urlaub, Zwischenprüfungen, Mitwirkung an Fachjahren und anderes.

Die Gewerkschaften legen außerordentlichen Wert auf eine gute und systematische Ausbildung; sie tragen durch technische und berufliche Veranstaltungen und durch Herausgabe technischer Zeitschriften wesentlich dazu bei. Die schnell fortschreitende Technik, die verbesserten Arbeitsverfahren, stellen ohnehin an das berufliche Können wachsende Ansprüche.

Eine Umfrage hat ergeben, daß die Meinungen der Verbände über Inhalt und Abschluß von Lehrlingsordnungen geteilt sind. Dazu herrscht im Ausbildungsweesen der Lehrlinge die größte Zersplitterung, die noch verschärft wird durch ungleiche gesetzliche Behandlung der Gesellenprüfungen durch Innungen, Handwerkskammern und Handelskammern. Vom Berufsausbildungsgesetz wird erwartet, daß es eine völlige gesetzliche Neuordnung in der beruflichen Ausbildung bringt.

Schlicher (Holzarbeiterverband) vertritt die Auffassung, daß alle sozialen Bestimmungen für die Lehrlinge durch die Gewerkschaften in Tarifverträgen geregelt werden müßten. Daneben sollten, gestützt auf solche Verträge, Lehrlingsordnungen vereinbart werden, in denen das Ausbildungsweesen gemeinsam geregelt wird. Das Vorgehen einzelner Gewerkschaften, die in Lehrlingsordnungen tarifliche Bestimmungen vereinbart haben, auf deren Durchführung sie zumeist nur geringen Einfluß hätten, sei unvereinbar mit den tarifpolitischen Grundsätzen der Gewerkschaften.

Zur weiteren Klärung der aufgeworfenen Streit- und Zweifelsfragen wurde vom Bundesauschuß beschlossen, den Bundesvorstand zu beauftragen, mit den interessierten Gewerkschaften weiterzuverhandeln und über das Ergebnis der Beratungen in der kommenden Bundesausschußsitzung Bericht zu erstatten.

Die wesentlichen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 über Wirtschafts- und Finanzpolitik

I. Finanzielle Maßnahmen.

Krisensteuer:

Die Steuer soll (in den neun restlichen Monaten des Haushaltsjahres, also vom 1. Juli bis 31. März) 385 Millionen Mark einbringen. Sie bildet also das Kernstück des Steuerprogramms. Sie wird als Zusatzsteuer vom Einkommen erhoben, und zwar in zweifacher Staffelung: erstens nach der Höhe des Einkommens, also in einer gewissen Anpassung an die Leistungsfähigkeit; zweitens nach der Entstehung des Einkommens derart, daß Veranlagtes und Lohn Einkommen mit verschiedenen Sätzen belastet werden.

Table with 4 columns: Jahresinkommen, für Landwirte, für veranlagte für Lohn- und Einkommen, Gehaltsempfänger. Rows show income brackets from 1400 M to 7500 M with corresponding tax rates.

Von der Steuer sollen 245 Millionen Mark der Krisenfürsorge zugute kommen, während 140 Millionen Mark für Arbeitsbeschaffung (Subventionen an Industrien) bestimmt sind.

Gehaltskürzung:

Die Dienstbezüge der Beamten sowie die Versorgungsbezüge der Warte- und Ruhegeldempfänger werden je nach der Höhe des Gehaltes um 4 bis 8 % gesenkt. Die Regelung gilt für sämtliche Beamte von Reich, Ländern und Gemeinden, der Reichsbahn, Reichsbank, öffentlich-rechtlichen Körperschaften usw. Die Einsparung soll (für neun Monate) 100 Millionen beim Reich, 207 Millionen bei den Ländern und Gemeinden betragen. Die Beamten

bleiben (mit Ausnahme der Höchstbezahlten) von der Kräftesteuer befreit, da die Gehaltsstützung noch einschneidender ist als die Kräftesteuer.

Reichsverfögrung:

Die (an anderer Stelle behandelte) Rentenkürzung soll eine Ersparnis von 85 Millionen bringen.

Zuckersteuer:

Die Zuckersteuer wird verdoppelt; sie soll einen Mehrertrag von 110 Millionen abwerfen. Es ist zu befürchten, daß der Zuckerverbrauch zurückgehen wird, so daß neben dem Konsumenten auch der Produzent geschädigt wird.

Mineralzölle:

Der Zollsatz für Treibstoffe wird erhöht. Es wird mit einem Mehrertrag von 75 Millionen gerechnet. Eine entsprechende Ausgleichsteuer für inländische Erzeugnisse wird nicht erhoben.

Reichshaushalt:

Die Regierung erhält die Ermächtigung, Abstriche bei den bereits beschlossenen Ausgaben vorzunehmen. Es ist die Einsparung von 120 Millionen beabsichtigt. Ferner kann den Ländern der Reichszuschuß für die Polizei um 4 Millionen gekürzt werden.

Lohnsteuererstattungen:

Rückerstattungen zuviel gezahlter Lohnsteuern finden nicht mehr statt. Der eingeparte Betrag wird auf 60 Millionen geschätzt. Diese Summe wird den Ländern überwiesen.

II. Wohnungswirtschaft.

Aufwertungszinszuschlag:

Nach früherer Regelung sind Aufwertungshypotheken vom 1. Januar 1931 an statt mit 5 mit 7 1/2 % zu verzinzen. Eine Sinausschiebung dieses Termins soll nicht stattfinden, um den Kredit nicht zu gefährden (in Ostpreußen wurde freilich ohne dieses Bedenken ein Moratorium eingeführt). Eine entsprechende Heraussetzung der Mieten ist nicht beabsichtigt. Den Hausbesitzern soll daher, soweit sie nicht leistungsfähig sind, die Hauszinssteuer in entsprechendem Umfange nachgelassen werden. Somit werden dem Wohnungsbau abermals Hunderte von Millionen entzogen. Bei dieser Regelung wird nicht berücksichtigt, daß die Hauswirte zu den wenigen Kreisen gehören, deren Einkommen trotz der Krise nicht gesunken ist.

Zinszuschüsse:

Die Länder werden ermächtigt, Zinszuschüsse für Neubauwohnungen zu gewähren. Reichen die Gelder nicht aus, so springt das Reich mit Steuermitteln „aus einer Steuer auf den Wohnraum“ (Mietsteuer?) ein. Das Reich bestimmt für jedes Land den Höchstbetrag der Zinszuschüsse.

III. Wirtschaftliche Maßnahmen.

Kohlenwirtschaft:

Der Steinkohlenbergbau kann von der Beitragszahlung für die Arbeitslosenversicherung befreit werden, wenn durch die Ersparnisse eine „angemessene“ Senkung des Kohlenpreises erzielt wird. Der Beitrag der Arbeiter wird in diesem Falle vom Unternehmer einbehalten, ohne daß die Arbeiter ihre Ansprüche verlieren. Der Ausfall an Beiträgen wird der Reichsanstalt durch das Reich ersetzt. Die versteckte Subvention ist schon an sich bedenklich. Noch bedenklicher ist, daß die Senkung des Kohlenpreises sich nur auf Exportkohle zu erstrecken braucht. Dem Inlande würde eine derartige Maßnahme nichts nützen, das Dumping auf dem Auslandmarkt würde verstärkt. Ferner wird die Verpflichtung des Reichswirtschaftsministers, aus dem Kohlewirtschaftsgesetz ein Zwangs syndikat zu bilden, wenn kein freiwilliger Zusammenschluß zustande kommt, in eine bloße Berechtigung umgewandelt. Es kann also zu erbitterten Konkurrenzkämpfen kommen, unter denen in erster Linie die Bergarbeiter zu leiden hätten, und schließlich zur Zerschlagung der bisherigen Selbstverwaltungskörper.

Kunstdünger:

Die Regierung wird ermächtigt, für stickstoff- und phosphorhaltige Düngemittel Schutzzölle zu gewähren und gegebenenfalls einen Zwangszusammenschluß der Unternehmungen herbeizuführen.

Innungswesen:

Die Regierung kann Richtlinien über Ordnungsstrafen der Innungen aufstellen, soweit diese Strafen wegen Wettbewerbsverhandlungen der Mitglieder verhängt werden. Offenbar sollen die Eingriffe der Innungen gegen das Herabsetzen von Preisen erschwert werden.

Umsatzsteuer:

Zur Verbilligung der Lebensmittelpreise können Lebensmittel von der erhöhten Umsatzsteuer („Warenhaus- und Konsumvereinssteuer“) befreit werden. Warum wird diese Sondersteuer nicht ganz abgeschafft?

Einkommensteuer:

Um den selbständigen Unternehmer zu fördern, werden die Reserven von Einzelfirmen, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften in gewissem Umfange nur noch mit höchstens 20 % versteuert, wie es bereits bei den Aktiengesellschaften geschieht.

Kapitalverwaltungsgesellschaften:

Aktiengesellschaften, die nur zur Verwaltung von Wertpapieren oder zur Spekulation mit ihnen dienen, werden zur Körperschafts- und Vermögenssteuer in vermindertem Umfange herangezogen. Man hofft, dadurch Auslandskapital heranzuziehen und die Aktienkurse zu heben.

Brotgesetz:

Der Ausmahlungszwang für Roggen wird aufgehoben, so daß wieder ein Brot hergestellt werden kann, das den Wünschen der Verbraucher entspricht.

Die sozialen Baubetriebe auf der Bauausstellung

Einiges über die Entwicklung der deutschen Bauhüttenbewegung.

Wir sind davon überzeugt, daß die breite Öffentlichkeit und weite Teile der Anhänger der modernen Arbeiterbewegung nicht genügend von der ausgezeichneten Entwicklung der deutschen Bauhüttenbewegung unterrichtet sind. In stiller und emsiger Arbeit hat sich mitten in der privatkapitalistischen Wirtschaft ein Zweig sozialistischer Gemeinwirtschaft entwickelt, auf den wir gerade in der Zeit politischer und sozialer Rückschläge stolz sein können. Die sozialen Baubetriebe sind uns ein Beweis, daß die Idee der Gemeinwirtschaft lebt, daß verheißungsvolle Ansätze zum Sozialismus vorhanden sind.

Wie gut sich die Bauhüttenbewegung entwickelt hat, davon bekommen wir einen Begriff bei einem Besuch der Abteilung „Die freien Gewerkschaften und ihre Betriebe“ in der Deutschen Bauausstellung in Berlin. Wir entnehmen dieser Abteilung, daß der Verband sozialer Baubetriebe am 16. September 1920, also zu einer wirtschaftlich schweren Zeit gegründet wurde, in der zu jeder neuen Unternehmung großer Mut gehörte. Die freien Gewerkschaften, die die Gründung vortrugen, besaßen diesen Mut und wußten, daß ihnen und ihrer wirtschaftlichen Auffassung die Zukunft gehört. So sind in vielen Orten und Bezirken soziale Baubetriebe entstanden, die heute nicht mehr aus der Bauwirtschaft fortzubedenken sind.

Die Aufgabe des Verbandes sozialer Baubetriebe ist: Die Gründung und Förderung sozialer Baubetriebe sowie deren Vertretung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, Behörden und wirtschaftlichen Organisationen. Die sozialen Baubetriebe pflegen die wirtschaftliche Betriebsführung, Erprobung und Vervollkommnung der Bauweisen und Arbeitsmethoden, zugleich fördern sie planmäßig die Ausbildung der beruflichen Fähigkeiten ihrer Angestellten und Arbeiter.

Man sieht, daß die sozialen Baubetriebe versuchen, der Arbeit und Produktion neuen Geist einzubringen. Natürlich können sie mitten in der privatkapitalistischen Wirtschaft nicht schon heute nur nach sozialistischen Grundsätzen arbeiten, aber sie sind die natürlichen Erben einer Wirtschaftsordnung, die keine Existenzberechtigung mehr hat. Der Privatunternehmer kennt nur ein Ziel: Den Profit! Die Bauhütten aber wissen, daß es im menschlichen Leben und in der täglichen Arbeit noch andere Dinge gibt, die erstrebenswert sind. So können die Bauhütten in ihrer Ausstellung heute schon feststellen: Die Bauhütten sprengen die Unternehmerringe mit ihren nur privaten Interessen. Groß und mächtig stehtes da in der Ausstellung zu lesen: Die Bauhütten sprengen die Unternehmerringe, weil die sozialen Baubetriebe keine persönlichen und privaten Interessen verfolgen. Sie sind auf das allgemeine Wohl bedacht! Stolz und selbstbewußt heißt es in der Ausstellung:

Die deutschen Bauhütten sind Wirtschaftsbetriebe der freien Gewerkschaften. Ihre Aufgabe ist Verbilligung des Bauens, Bekämpfung der Wohnungsnot, Hebung der Wohnungskultur.

Dieser Zweig der Gemeinwirtschaft wird sich mächtig entwickeln, wenn wir die Krise von heute überwunden haben.

In Deutschland gibt es heute schon 130 Betriebe, die dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossen sind. Im Jahre 1923 beschäftigten die Betriebe durchschnittlich 12 000 Menschen, die Höchstzahl der Beschäftigten betrug 20 000, der Umsatz etwa 40 Millionen Mark. Im Jahre 1929 beschäftigten die Betriebe durchschnittlich 18 500 Menschen, die Höchstzahl der Beschäftigten betrug 29 300 und der Umsatz schon 137,6 Millionen Mark. Wo gibt es in Deutschland noch einen ähnlichen Baubetrieb mit derartigem Umfang? Dabei steht die Bauhüttenbewegung noch in ihren Anfängen! Sie wird bald zu einem gewaltigen Faktor in der deutschen Wirtschaft werden. Ihre Gesamtproduktion erreichte schon jetzt über 100 000 Wohnungen — das entspricht, wie die Ausstellung graphisch darstellt — einem Zehntel der Weltstadt Berlin. Ueber 20 Millionen Kubikmeter umbauten Raum haben die Bauhütten in dem Jahrzehnt ihres Bestehens geschaffen. Es muß wirklich Sache der Organisationen und Gewerkschaften an den einzelnen Orten sein, ihre Betriebe auf allen Gebieten tatkräftig zu unterstützen.

In Ostpreußen gibt es neun soziale Baubetriebe. In Königsberg gibt es neben der Bauhütte eine Maler- und Tischlerhütte. Das trifft auch für verschiedene andere Orte zu. Im Berliner Bezirk zählt man 21 Bauhütten. Es gibt dort auch Betriebe für Steinmetz, Maler, Glaser, Töpfer- und Elektrikerarbeiten sowie einen Betrieb für Heiz- und Wasseranlagen. Der Mitteldeutsche Bezirk zählt 16 Bauhütten. Im Bezirk Nord gibt es 33 Bauhütten. Auch in diesem Bezirk gibt es Betriebe, die mit dem Bauhandwerk verwandten Arbeiten ausführen. Ebenso in dem Bezirk West, der 21 Betriebe zählt. Der Bezirk Söffen zählt 7 und der Bezirk Süd 11 Betriebe. Aus dem Schlesiichen Bezirk werden 12 Betriebe aufgeführt.

Fast alle Baubetriebe berichten in der Ausstellung im einzelnen von ihrem erfolgreichen Wirken und Schaffen. Alle Betriebe sorgen für wirtschaftliche Betriebsführung. In Hand übersichtlicher Darstellungen wird der Arbeitsgang von der Annahme und Vorbereitung bis zur Durchführung erklärt, die soziale Fürsorge für alle Betriebsangehörigen geschildert und stolz und froh erkennt man: Es ist ein gewaltiges Werk, das sich in der deutschen Bauhüttenbewegung entwickelt hat. Das gerade in dieser trüben Zeit zu erkennen, gibt neuen Auftrieb und Ansporn für die gemeinsame Sache einzutreten, sie zu verteidigen und für sie zu arbeiten!

Stottern oder bar?

Jrgend jemand hat einmal irgendwo gesagt: Als der Teufel die Menschen strafen wollte, schenkte er ihnen die Börse. Man kann diese Behauptung für die heutige Zeit getrost erweitern: und die Abzahlungsgeschäfte. Sol sie der Teufel. Sie sind aus der Erde gewachsen wie in der glorreichen Zeit der Inflation die Bankgeschäfte. Spekulation auf die Einfalt der Masse. „Zahlungsvereinfachung, Ratenzahlung, Stottern“, sind für den heute ohnehin schwer um sein Dasein kämpfenden Menschen Begriffe geworden, die wie ein Narkotikum wirken. Mehr und mehr verwischen sie die Grenzen einer Notwendigkeit und leisten der Ungleichgültigkeit des Arbeiters an das Bürgerturn einen gefährlichen Vorschub. Es gibt heute wohl kaum noch einen Gegenstand, der dem Wünschenden nicht erreichbar wäre durch diese moderne Geschäftspraxis. Man könnte versucht sein zu sagen, daß diese Geschäftsform auch ihre guten Seiten habe. Zugegeben. Aber sie stehen in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den dieser Verkehr anrichtet. — Verteuerung des tatsächlichen Wertes durch den Zinsausgleich, Verschuldung der Käufer, ganz zu schweigen von der Gefährdung der jungen Menschen, deren Verantwortungsgefühl bedenklich erweitert wird. Sie finden eine nur zu bequeme Gelegenheit a conto ihrer Zukunft über ihre Verhältnisse zu leben. Ich denke an unsere Jungmaler und Lehrlinge, deren handwerkliche Vertiefung nach ihrer Lehrzeit erst beginnt. Wie aber, wenn sie ihre junge Selbständigkeit durch leichtfertige Erfüllung ihrer Wünsche, durch frühe Verschuldung, in Frage stellen?

Leider — sie wissen oft in dem komplizierten Mechanismus eines Motors besser Bescheid als in der Farbentheorie unseres Berufes. Das aber soll kein Vorwurf sein. Es ist vielmehr der Ausdruck einer mechanischen Lebenswertung. Sie werden später selbst über Wert und Unwert dieser Anschauung zu befinden haben. Gerade unser Handwerk, das sich so schwer einfügt in die Mechanisierung, bedarf eines qualifizierten Nachwuchses an Handwerkern. Und diese Grundlage wird im lernfähigen Alter, in der Jugend gebildet. Es ist eine schöne Aufgabe der sich hierfür berufen fühlenden älteren Kollegen, hier erzieherisch zu wirken; denn die Jugend hat über Wert und Unwert ihrer Wünsche noch keine Erkenntnis. Es ist viel gewonnen, wenn sie sich nicht am Spielertischen, Gefälligen verschuldet, wozu gerade die Abzahlungsgeschäfte in gefährlichem Ausmaß verleiten.

Ich sprach von der Jugend; aber geht es nicht bei den Erwachsenen ebenso? — — — Leben nicht gerade viele dadurch über ihre Verhältnisse? Sie nehmen ein Stück ihres Lebens vorweg, halten sich oft für die Erfüllung eines törichten Wunsches eine harte Last auf. Es ist ja so leicht! Wir zahlen ab. — — — Und dann? — Ist es nicht ein Widersinn, sich auf mehr oder weniger lange Sicht zu verpflichten? Kann nicht morgen eintreten, was wir alle fürchten? Erwerbslos sein. — — — Dann hockt uns in der grauen Not der Tage auch diese Last noch im Genick. Wieviel Anfrieden, Prozesse, Delikte und Katastrophen sind dadurch entstanden? Der Mensch, der sich nur schwer unterordnet und ungern einordnet in den Kreis seiner Berufung — er hat meist ein Ziel, das außerhalb seines Kreises liegt — hat in den Abzahlungsgeschäften wahrhaftig keinen helfenden Freund, der ihn vorwärts bringt.

Wenn es denn schon einmal sein muß, daß du über deine Verhältnisse lebst, daß du ein Speisezimmer haben mußt, weil es eben — gut bürgerlich ist, nun, denn kauf es dir schon, wenn du das bare Geld beieinander auf dem Fleck hast. Hast du es aber nicht, nun, das ist ja auch deine eigene Sache. Es kommt eben alles auf das gute Ende an. Jedenfalls ist der letzte Weg der denkbar kürzeste, um hinter eine große Torheit seines Lebens zu kommen.

Eine Frage nur sei mir noch an einen jungen Kollegen gestattet: Gehest den Fall, du habest den Wunsch, ein Motorrad zu besitzen — ich weiß, wie herrlich das ist —, und du könntest es auf Stottern kaufen, unter der Voraussetzung, du habest ständig Arbeit; was würdest du tun? — Kaufen. Wie aber, es lägen die Ersparnisse von zwei Jahren vor dir auf dem Tisch, sagen wir mal, tausend Mark, und du hättest noch den gleichen Wunsch; was, lieber Kollege, würdest du dann tun? — — —

O diese Abzahlungsgeschäfte.

Ernst Wilhelm.

Sozialpolitisches

Wieviel Wohnungen gibt es in Deutschland?

Der Wohnungsbestand in Deutschland beträgt nach den neuesten statistischen Erhebungen 16 140 000. Rund 2 500 000 sind davon Neubauwohnungen, das bedeutet also, daß auf je 14 Altwohnungen eine neue entfällt. Die sozialdemokratische Mieterzeitschrift „Wohnungsbau und Miete“, die diese Angaben wiedergibt, berichtet weiter, daß in Berlin die (verhältnismäßig) meisten Wohnungen erbaut wurden. Am wenigsten baute man in Thüringen — unter Fricks Herrschaft.

Das neueste Heft dieses Blattes enthält neben diesen und andern Angaben über die Bautätigkeit einen besonders beachtlichen Artikel über die Möglichkeiten, für Ladenmieter bei überhöhten Mieten Ermäßigungen zu erlangen. Diese von juristischer Seite verfaßten Hinweise dürften manchem Ladenmieter einen Weg weisen, wie er die drückende Belastung herabmindern kann.

Wichtig vor allem ist auch der Leitartikel, der sich mit dem Wohnungswirtschaftlichen Teil der neuen Notverordnung befaßt und sich energisch gegen die Absicht der Regierung wendet, weitere Teile der Hauszinssteuer dem Wohnungsbau zu entziehen. — Auch dieses dritte Heft von „Wohnungsbau und Miete“ zeigt in geschickter Weise, wie eng die Interessen der Mieter mit denen der Partei verknüpft sind.

Werft die gelesenen „Maler“ nicht fort! Gebt sie den Unorganisierten!

Unterhaltung Wien

Die Ferien des Arbeiters

Alljährlich, wenn im Frühling die Säfte steigen, dann belebt sich auch die menschliche Natur. Man trifft mehr als sonst fröhliche Gesichter, und wenn die Wirtschaftslage des einzelnen nicht gar so traurig ist, eine allgemein freundlichere, freiere und zufriedener Menschheit. Die Einwirkung der Natur auf die Menschen ist gewaltig. Kein Wunder, daß sich ein jeder aus seiner engen Behausung heraussehnt. Mit dem Frühling beginnt die Ferienzeit. Pläne werden geschmiedet, kleine und große. In der Regel stehen sie mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht im Einklang. Die Bade- und Kurorte schicken Prospekte heraus, inserieren in Tageszeitungen usw. Ein jeder Kurort preist und lobt seine Umgebung, die örtlichen Einrichtungen und seine sonstigen Vorzüge. Man muß beim Lesen derartiger Anpreisungen zu der Ueberzeugung kommen, daß es sich nirgends besser leben läßt als gerade an diesem Ort.

Gemäß der gedrückten Wirtschaftslage sind auch die Preise für Logis, Hotels und Unterkünfte niedriger geworden. Man weiß sehr wohl, daß nur wenige Menschen über einen gefüllten Geldbeutel verfügen. Zahlreiche schöngelegene und Erholung bietende Orte im In- und Ausland sind gerüstet und in der Lage, viele Tausende von Menschen aufzunehmen. Und wenn allgemein das Reisefieber ausbricht, wenn der Mensch den Steinwästen der Großstadt zu entfliehen trachtet, dann erwacht auch in der Brust des Arbeiters, Angestellten und kleinen Beamten eine ungestüme Sehnsucht nach Natur, Freude und Erholung. Durch die Gebirge streifen, unbeschwert und unbekümmert, am Strande liegen und sich bräunen lassen, fremde Gegenden zu durchstreifen und fühlen, daß man nicht nur Arbeitstier, sondern auch Mensch ist, der lacht und sich freuen kann — das ist das Verlangen vieler Millionen.

Leider bleibt dies nur Sehnsucht und frommer Wunsch, weil den allermeisten die Zeit, und vor allem die Mittel zu derartigen Reisen fehlen. So sehr auch die Ferienzüge überfüllt sind, und wie viele die Großstadt verlassen — diese glücklichen bilden doch nur einen kleinen Bruchteil der städtischen Bevölkerung. Von der Masse der Hand- und Kopfarbeiter sind es jedenfalls nur wenige, die sich eine Ferienreise erlauben können. Und wenn sie es können, dann ist das ganze Jahr auf diese Reise gespart worden. Man hat Monate hindurch auf manches verzichtet, vieles ist ungekauft geblieben, weil man eben das Verlangen hat, wenigstens einmal im Jahr richtig aufspannen zu können. In diesem Jahr wird die Zahl der Ferienteilnehmer allgemein geringer sein. Wesentlich geringer ist der Prozentsatz von Reisenden aus der Schicht der Arbeiter und Angestellten. Die große Masse der Erwerbslosen scheidet schon von selbst aus. Der Verdienst der übrigen ist so gering, daß es zu einer Ferienreise nicht langt. Von Existenzsicherheit kann der Arbeiter und Angestellte heute nicht mehr reden. Schon morgen oder in der nächsten Woche kann derjenige, der sich noch in Stellung befindet, ohne Beschäftigung sein. In der „Brücke“ Nr. 13, einer Beilage des „B.“, macht eine Leserin folgende Bemerkungen über die Möglichkeiten der Urlaubsausnutzung der Arbeiter und Angestellten:

„Nach der bekannten offiziellen Enquete, die das Statistische Reichsamt über die Zusammensetzung des Budgets von 900 Arbeiterhaushaltungen angestellt hat, gibt ein Arbeiterhaushalt im Jahre für Erholung aus:

Bei einem Einkommen von	Kopfbzahl	Ausgaben insgesamt	Ausgaben für Erholung für 1 Person
2500 M	3,6	14,32 M	3,98 M
2500 bis 3000 "	3,9	26,01 "	6,67 "
3000 " 3600 "	4,2	34,28 "	8,16 "
3600 " 4300 "	4,4	50,17 "	12,15 "
4300 M und mehr	4,9	73,86 "	15,07 "
Gesamtdurchschnitt	4,2	36,88 "	8,78 "

Anmerkung des Statistischen Reichsamts: In der Gruppe „Erholung“ sind die Ausgaben für Ferienreise, Ausflüge und Sport zusammengefaßt. Die Verpflegungsausgaben während der Ferienreise usw. sind nur insoweit einbezogen, als sie die in der Haushaltung sonst üblichen Ernährungsausgaben überschreiten. Man lese die Zahlen nicht unter viermal und lasse sie auf sich wirken. Wie weit kann ein Mensch mit einem jährlichen Erholungsgeld von 3,98 M oder mehr, nehmen wir schon das höchste, mit 15,07 M kommen? Die Frage, wie nötig gerade der Arbeiter, die Arbeiterfrau und die Arbeiterkinder eine Erholungszeit brauchen, ist hier wohl nicht zu diskutieren. Was machen nun die Arbeiter mit ihrem Urlaub? In einem großen Teil verkaufen sie ihn an den Unternehmer. Sie bekommen für ihre Urlaubszeit doppelten Lohn und ermöglichen es dadurch vielleicht einem andern Familienmitglied, seine Urlaubszeit wirklich zu einer Erholungszeit zu machen. Die älteren Kinder machen Botengänge in den großen Ferien, die jüngeren sitzen den ganzen Tag im Kinnstein oder auf den Müllkästen im Hofe; die Arbeiterfrau arbeitet Sommer wie Winter, kocht, wäscht, sticht, stopft, sie kennt keine Ferien, für sie gibt es nie Urlaub.

Dem ist eigentlich wenig hinzuzufügen. Am allerdringendsten bräuhete die Arbeiterfrau einmal im Jahre eine Erholung. Gerade sie, die nichts weiter kennt als ihre Wohnung, in derselben festgehalten wird und deren Enge sich drückend auf ihr Gemüt legt, mühte einmal hinaus in die freie Natur, losgelöst von den Sorgen um den Kochtopf und den vielen kleinen Schmerzen, die täglich auf die Arven einer Frau einströmen. Doch bei diesen Zeiten wird die Arbeiterfrau noch weniger als je an eine Erholung in freier Natur denken können.

Es bleiben nur die kleinen Spaziergänge oder Tagesausflüge, die als eine Ausspannung kaum zu bezeichnen sind.

Leider sind die Aussichten trübe, daß es bald einmal anders und besser wird. Die gegenwärtige Generation ist dazu verurteilt, das Bleigewicht furchtbarer Krisen mit sich herumzuschleppen zu müssen. Es bleibt nur die eine Hoffnung, daß es unsern Kindern einmal besser gehen möge. Denn, wenn sich eine solche Zeitperiode lange durchschleppen sollte, dann wäre das Leben wirklich nicht lebenswert. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben und nicht daran zweifeln, daß die Menschheit den Ueberfluß an Lebensgütern und Erholungsmöglichkeiten immer unausgenutzt läßt. Sobald einmal die Weltwirtschaftskrise nachläßt, muß die Arbeiterbewegung mit ungestümen Drang einen Vorstoß unternehmen, damit das Anrecht auf ein sorgenfreies Leben und auf Erholung zur Geltung kommt. Wir alle wollen geloben, daran mitzuarbeiten.

Die Auslandsreise

Jedes Jahr um dieselbe Zeit, wenn die Linden blühen und die Reisebüros ihre Fenster mit bunten Einladungen und Prospekten schmücken, träumen wir von einer Auslandsreise. Meine Frau und ich. Wenn meine Frau zum Markt geht, bringt sie jedesmal ein paar Prospekte mit, und ich lasse mir ebenfalls an Prospekten geben, was ich bekommen kann. Von der kleinen Riviera-Reise bis zum Trip nach Amerika. Ich bin über alles informiert. Weiß was die Reise in diesem Jahre kostet und was sie voriges Jahr gekostet hat. Dafür sind wir sachverständig, und zu Hause bei uns sieht's um diese Zeit aus wie in einem Reisebüro. Eine Landkarte haben wir auch. Die liegt aufgeschlagen neben uns. Und meine Frau führt das Wort. Nur meine Frau. Also wenn wir in die Schweiz fahren, nehmen wir Lugano mit. Von da können wir einen kleinen Abstecher nach Mailand machen und zum Gardasee. Gardasee ist schön, ich hab' mal in der Zeitung was davon gelesen. Vom Gardasee nach Venedig ist nur ein Stück. Florenz liegt an der andern Seite. Ein wenig weitab, aber wenn man schon nach Florenz fährt, kann man auch weiterfahren nach Rom. Ob das wohl wahr ist, daß sie da alle in schwarzen Hemden und schwarzen Röcken rumlaufen? Ich nehme jedenfalls das weiße Wäschelein mit. Und dann fahren wir nach Capri, zur blauen Grotte, vielleicht ist kein Persch gerade da. Und hinunter nach Sizilien. Du, ich freue mich ja schon so auf die Reise.

Und was kostet die Reise?

„Ach so, was das kostet. Na ja, da machen wir doch lieber die andere Reise, fünf Tage Paris mit einem kleinen Abstecher nach London. Du, London ist richtig. Da hat doch der Karl Marx gelebt. Das muß doch was sein für dich. Und Shaw wohnt da auch. Das ist doch der, vor dem die Schulleute den Verkehr stoppen, wenn er über die Straße geht. Aber er geht nicht oft. Weißt schimmert er. Anten im Süden. Aber es braucht ja der Süden nicht sein. Hier lies dies: Die Insel Wright ruft. Die Riviera Großbritanniens. Und in Irland soll es so schön sein. Und in Schottland. Weißt du, es ist überall schön auf der Welt. Warum soll man eigentlich sein Geld immer ins Ausland tragen? Sieh mal da, dies schöne Bild vom Harz. Und dieser schöne Spruch:

Es grüne die Tanne, es wachse das Erz,
Gott schenke uns allen ein fröhliches Herz.

Du, das finde ich entzückend. Und wenn wir einmal im Harz sind, können wir gleich einen kleinen Sprung rüber tun zum Thüringer Wald. Wartburg, Eisenach und so. Na, und dann nach Leipzig, Dresden. Und in die sächsische Schweiz. O ja. Und dann mit dem Dampfer ins Böhmisches rein. Prag soll ja herrlich sein. Sieh mal da, die Karlsbrücke und der Bradschin. Romischer Name, nicht, aber schön. Zurück fahren wir über Wien. Und sie beginnt das Lied von den schönen Frauen im reizenden Wien zu trällern, so daß ich Zeit habe, nochmal eine hinterlistige Frage zu stellen.

Und wieviel soll das kosten?

Du mit deiner ewigen Rechnerei. Aber wenn dir das zu teuer ist, können wir ja auch eine ganz kleine Reise machen. Nach Dänemark raus, Kopenhagen, Eivoli. Das kostet nicht viel. Einen kleinen Abstecher nach Schweden und von da zu den Fjällen und Fjorden. Du, das muß wunderbar sein. Zurück können wir einen Dampfer nehmen. Da kriegen wir Hamburg zu sehen und können uns noch in der Heide ausdrühen von der Reise. Die Phantasie, die meine Frau entwickelt, wenn sie eine Landkarte sieht. Aber diesmal bin ich einverstanden. Also abgemacht. Wir fahren in die Heide.

Dazu brauchen wir doch die vielen Prospekte nicht besorgen, schmollt sie.

Eigentlich nicht. Aber dazu gibts doch die Prospekte, damit die, die kein Geld haben, wenigstens von den Reisen träumen können, die die andern machen. Und außerdem

reißt es sich mit dem Zeigefinger über die Landkarte bequem. Denn nur an die überfüllten Büge und schlechten Hotelbetten. Und das viele Geld, das man an Reisen ausgibt.

Eigentlich hast du recht. Aber weil wir doch nicht weiter als in die Heide können, können wir auch gar hierbleiben. Weißt du, im Stadtwald ist es auch gar schön, wo wir doch sowieso neue Bettbezüge brauchen. Und nächstes Jahr machen wir dann eine schöne Auslandsreise.

Jawohl, mein liebes Frauchen. Nächstes Jahr machen wir eine schöne Auslandsreise.

(Mit dem Zeigefinger auf der Landkarte.)

Erich Orsjar.

Die Fliege

Es ist Naturgeschichtsstunde.

41 Kinder, und in diesem Falle Mädchen, sitzen dem nach Norden gelegenen Schulzimmer und geben fleißige Mühe den Ausführungen des Lehrers zu folgen.

Das Schulzimmer ist ganz besonders freundlich und erst kürzlich — vor ungefähr 8 Jahren! — auf neuem Grund gerichtet worden. Von der Decke ist ein Stück dunkelblau abgefallen, und der Heizkörper hat sein Dasein bis über die reichliche Mitte des Zimmers in dunklem Drang eindruckvoll kenntlich gemacht.

Ich habe mich bei prominenten Fachleuten erkundigt und ist mir an Hand von reichhaltigen Farbentafeln und tiefgründigen chemischen Formeln unwiderlegbar bewiesen worden, daß es auch weiße Deckenfarben und Kreidestifte gibt. Auch die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitszeitverkürzung soll tatsächlich kein Hindernis darstellen.

„Also Kinder! Tausende und aber Tausende von Taupropfen haben die unzähligen Pflanzen jeden Morgen aufs neue, und nach dieser wohlthuenden Arbeit lassen sie dann, befreit von dem Staube des gestrigen Tages der Menschen doppelt fröhlich und glücklich ins Herz. Und die Tiere folgen instinktiv dieser Naturanweisung. Die Käsen bei ihrer Morgentoilette zu beobachten mag besonders Vergnügen. Die Vögel sind ebenfalls große Freunde des Wassers, und es ist geradezu erstaunlich, wie sie ein Bad nehmen können, während sie fliegen. — Liesel! Du bist aber heute ganz und gar nicht bei der Sache und hast deine Augen immer woanders. Was habe ich soeben gesagt?“

Liesel, ein sonst sehr gewecktes Kind mit dunklem Lockenkopf, starrte an die Decke, wo eine Fliege kopfüber an dem Gasrohr hin- und herließ und jedesmal bei Erreichung eines dunklen Punktes elastisch darüber hinwegsetzte und dies schon eine geraume Zeit immer wiederholte. Aufgestört durch die unvermutete Anrede des Lehrers erhob sie sich mit blutrotem Gesicht. Das letzte Wort des Vortragenden klang in ihrem Unterbewußtsein noch dunkel nach und bestürzt und fassungslos stottert sie:

„Die Fliegen — die Fliegen — die Fliege, Herr Lehrer — kann mit dem Kopfe nach unten auf dem Gasrohr an der Decke langlaufen, wie wir auf der Erde. Und jedesmal bei dem schwarzen Punkt dort, macht sie jedesmal sogar noch einen Sprung darüber hinweg. Und nun möchte ich gern wissen, Herr Lehrer, ist der schwarze Punkt auch eine Fliege oder ist das bloß Dreck?“

„Schmutz heißt das, Liesel“, sagt der Lehrer auf's höchste ungehalten über soviel Unaufmerksamkeit, gleichwohl blickt auch er samt den übrigen 82 Kinderaugen auf den Störenfried an der Decke. Die Fliege, jedenfalls eine angehende Schwiegermutterstreichfliege, schillert aus Schamröte über soviel erwiesene Aufmerksamkeit ängstlich in allen Farben, und da das nicht hilft, verläßt sie unangenehm berührt diese Vorführungsstätte. Und siehe da, da läßt sich auch der schwarze Punkt und eilt seinem Partner behende nach. Also war es doch eine Fliege.

Ein allgemeines „Aaah“ und ein erlösendes und befreiendes Aufatmen geht durch die Kinderschar, und der abgebrochene Faden konnte wieder aufgenommen werden. Liesel muß zur Strafe, weil sie gegen das Autoritätsprinzip der Schulordnung verstoßen hat, zehnmal schreiben: „Ich soll in der Schulfunde besser aufpassen.“

Aber Herr Lehrer! Die Liesel war doch die Aufmerksamste selbst. Sie kann doch nichts dafür, daß ihr in Folge der kontrastreichen Färbung der Decke, hervorgerufen durch den Jahr der Zeit, die Lösung des Rätsels fast unmöglich wurde. Also war doch der böse Ton der Decke schuld an diesem Zwischenfall.

Ja — — —
Und es muß zum guten Ton gehören, daß jeder Dresdner wöchentlich mindestens einmal die Hygiene-Ausstellung besucht“, hat vor kurzem ein Minister a. D. gesagt. Der Quietschpinzel.

Sonntag in einem Kirchdorf

Die Besucher der Predigt sind zu zählen, und der Pastor gibt sich doppelte Mühe, die wenigen Besucher bis auf den Grund der Seele aufzurütteln.

Ganz vorn auf der ersten Bank sitzt eine Bäuerin, schon etwas älter an Jahren, und schluchzt, schluchzt herzzerreißend. Der Pastor bemerkt es, und als der Gottesdienst aus ist, trifft er das Frauchen vor der Kirche. Es schluchzt noch immer und kann sich absolut nicht beruhigen. Der Pastor spricht die Frau an: „Aber Frauchen, so ist Ihnen meine Predigt zu Herzen gegangen?“

„Das nicht, Herr Pastor“, erwiderte die Bäuerin, „aber mein Sohn studiert auch Pastor, und wenn ich bedenke, daß der später vielleicht auch mal solchen Quatsch quasselt, dann ist all das schöne Geld fürs Studium umsonst rausgeschmissen worden.“

Vater Mutter, Tochter, Sohn
Radeln um die Wette schon
Lindcar-Rad und
Sonnenchein
Das genügt zum glücklichsten
sein.

Wirtschaftspolitik

Der Hoover-Plan und die amerikanischen Staatsfinanzen.

Der Entschluß des USA-Präsidenten Hoover, die Kriegsforderungen der Vereinigten Staaten an die Verbündeten für ein Jahr zu stunden, um diesen einen Zahlungsausschub zugunsten Deutschlands zu ermöglichen, läßt die Frage aufwerfen, auf welche Weise die Staatsfinanzen der Vereinigten Staaten vom Zahlungsausschub berührt werden. Die Wirtschaftskrise hat nämlich das Gleichgewicht der Staatsfinanzen auch in den Vereinigten Staaten, wo die Steuern vor der Krise dreimal hinter einander erheblich ermäßigt wurden, zerstört. Die Steuereinnahmen sanken, während die Ausgaben vornehmlich wegen der Abfindung der Kriegsteilnehmer stark anstiegen. So entstand ein Defizit, das für das laufende Finanzjahr auf eine Milliarde Dollar geschätzt wird. Dieses Defizit wird nun durch den Zahlungsausschub an die Verbündeten erhöht werden. Trotzdem braucht die Finanzlage des Staates der Regierung der Vereinigten Staaten keine Sorge zu verursachen. Sie braucht nicht einmal zu Steuererhöhungen, die in der Zeit der Krise sehr unvollständig sind, Zuflucht zu nehmen. Die Flüssigkeit des Geldmarktes ist in den Vereinigten Staaten so groß, daß der Staat seinen Kreditbedarf ohne Schwierigkeiten und zu niedrigen Zinsen decken kann. Er kann sogar durch Umwandlung (Konversion) der höher verzinslichen in niedriger verzinsliche Papiere Zinsen ersparen und so die gegenwärtige Sinslast der Staatsschulden ermäßigen. Als die Regierung der Vereinigten Staaten vor zwei Wochen eine Anleihe von 800 Millionen Dollar aufnahm, wovon 600 Millionen zur Bezahlung fälliger Staatsschulden, 200 Millionen zur Deckung laufender Staatsausgaben benötigt waren, wurde diese Anleihe fast achtmal überzeichnet. Nicht weniger als 6 Milliarden Dollar wurde von den Kapitalbesitzern gezeichnet. Diese Anleihe war nur der Auftakt zur laufenden Umwandlung der kurzfristigen und der hoch verzinslichen Staatsschulden in langfristige und niedrig verzinsliche. Die sogenannten „Freiheitsanleihen“, deren erster Abschnitt soeben konvertiert wurde, betragen 8 Milliarden Dollar, wovon 2 Milliarden im nächsten Jahr fällig werden, während die gesamte Staatsschuld 13,5 Milliarden beträgt. Je länger die Depression dauert, um so leichter und billiger kann der Staat seinen Kreditbedarf befriedigen, da die Kapitalbesitzer keine Neigung haben, ihre Kapitalüberschüsse in der Produktion anzulegen.

Gewaltiger Rückgang der Weltautomobilproduktion im Jahre 1930. Nach einem Bericht des Verbandes der amerikanischen Automobilindustrie hat die Weltproduktion von Kraftwagen im Jahr 1930 einen gewaltigen Rückgang erfahren. Von 6 287 558 Wagen im Jahre 1929 sank die Produktion 1930 auf 4 040 673 Wagen, also um 35,7%. Damit steht die Weltautomobilindustrie wiederum auf dem niedrigen Stand des Jahres 1924. Besonders stark ist von dem Rückgang die Automobilindustrie in den Vereinigten Staaten einschließlich Kanadas betroffen. Einer Erzeugung von 4,8 Millionen Personenkraftwagen 1929 steht 1930 nur noch eine von 2,9 Millionen gegenüber. Das bedeutet für die amerikanische Industriewirtschaft, in der die Automobilindustrie dem Werte nach an der Spitze marschiert, einen gewaltigen Ausfall. Macht doch der Gesamtwert der automobilistischen Erzeugnisse, eingerechnet die angeschlossenen Nebenindustrien, wie Reifenproduktion und Benzinfraffinerien, 12,7% oder ein Viertel der amerikanischen Industrieproduktion aus. Zum ersten Male hat der Kraftwagenbestand, der zwischen 1918 und 1925 jährlich um 13 bis 23% zunahm und auch noch in den letzten Jahren um 5 bis 10% jährlich anwuchs, abgenommen. Der Weltbestand an Kraftwagen wird für 1930 auf 35,6 Millionen Wagen geschätzt, wovon auf die Vereinigten Staaten ein Anteil von 74% entfällt.

Europäische Zollunion?

Die erste enquetemäßige Befragung innerhalb der deutschen Fertigwarenindustrie über die Meinung der einzelnen Firmen von einer Niederlegung der europäischen Zollmauern ist in Verbindung mit einer Umfrage erfolgt, die das Institut für Konjunkturforschung in Berlin und das Leipziger Messamt gemeinschaftlich an die Aussteller der Leipziger Frühjahrsmesse 1931 gerichtet haben. Wenn auch eine einmütige Zustimmung zum Wegfall der innereuropäischen Zölle von vornherein nicht zu erwarten gewesen ist, so überrascht doch das Ergebnis: 95% der antwortenden Firmen haben sich für und nur 5% gegen den Wegfall der innereuropäischen Zölle ausgesprochen. Dieses Verhältnis gilt sowohl für die Verbrauchsgüter- als auch für die Produktionsgüterindustrien. Geringe Schwankungen bestehen allerdings innerhalb der ersteren Gruppe, und zwar haben sich hier 93% der Hersteller von Hausrat und Wohnbedarf für und 7% gegen die Beseitigung der Zollmauern ausgesprochen. In der Gruppe Kultur- und Luxusbedarf sind 97% für und 3% gegen und bei Textilwaren 88% für und 12% gegen, bei Süßwaren jedoch volle 100% für die Beseitigung aller innereuropäischen Zollschranken.

Genossenschaftliches

Konsumgenossenschaften und Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

—II. Bei volkswirtschaftlich vernünftig denkenden Menschen besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß sich das kapitalistische Wirtschaftssystem in einer Krise befindet, die seine Grundlagen erschüttert. Und zwar seine wichtigste Grundlage in erster Linie, die im Vertrauen auf die Unerschütterlichkeit des Systems beruht. Dies Vertrauen als wichtigste geistige Potenz für die Aufrechterhaltung und Unbesiegbarkeit eines ökonomischen Zustandes, der für eine Ewigkeit bestimmt schien. Die privatkapitalistische Wirtschaftsform beginnt sich zu ver-

ändern, weil das ökonomische System, aus dem sie sich entwickelt hat, sichtbar ins Wanken geraten ist. Und in dem Maße, in dem es sich weiterhin unfähig erweist, die Krise zu beseitigen, von der es in allen Industrieländern der Welt erfährt worden ist, neigt sich das Vorstellungsbewußtsein nicht nur der arbeitenden Massen, sondern auch der Intelligenz dem ökonomischen System zu, das bestimmt erscheint, in organischer Entwicklung seine Vorgängerin abzulösen. Und dies um so mehr, als die Welt der Theorie, das heißt die geistige Vorstellung eines ökonomisch zweckmäßigeren und deshalb besseren Wirtschaftssystems, durch praktische Tatsachen von seiner Ueberlegenheit gegenüber dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem überzeugt werden kann.

Dies ökonomische System der Gemeinwirtschaft an Stelle der Privatwirtschaft ist bereits so sehr in der Entwicklung der Konsumgenossenschaften verkörpert, daß es ein leichtes ist, den Nachweis seiner Ueberlegenheit durch beliebige Beispiele aus der Praxis zu erbringen. Sein grundlegendes Wesen besteht im Mitbesitz der Gemeinschaft an den Produktionsmitteln, dem springenden Punkt aller Planwirtschaft, deren Notwendigkeit heute auch von Kreisen eingesehen wird, die sich immer noch vor dem Sozialismus bekreuzigen, weil sie übersehen, daß er letzten Endes eine ökonomische Potenz ist, aber keine parteipolitische.

Von den beliebig herauszugreifenden Beispielen für die ökonomische Ueberlegenheit der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft über die kapitalistische Privatwirtschaft bietet die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine ein hervorragendes Objekt, weil sie als die wirtschaftliche Inkarnation der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung Deutschlands zu betrachten ist. Die einzigen Erträge

Notzeit zwingt zu engster Gemeinschaft! Darum der ernste Ruf: Schließ Deinem Verband Dich an!

der Gesellschaft sind rund 1200 Konsumgenossenschaften; ihr Vermögen, ihre Produktionsmittel aller Art gehören den Konsumgenossenschaften unmittelbar; mittelbar aber den Millionen Mitgliedern der deutschen Konsumgenossenschaften. Und dementsprechend der wirtschaftliche Nutzeffekt des Konsumgenossenschaftlichen Spitzenunternehmens allen, die daran beteiligt sind. Produktion und Warenverteilung sind planmäßig organisiert: es wird nichts und nicht mehr produziert, was nicht gebraucht wird. Die Bedarfsdeckungswirtschaft ist effektiv vorhanden, und ihre Grundlage bildet der Mitbesitz der Produktionsmittel. Denn daraus nur erklärt sich die erstaunliche Tatsache, daß, wenn auch infolge der Weltwirtschaftskrise der Konsumgenossenschaftliche Produktions- und Verteilungsapparat gewisse Hemmungen zu überwinden hat, er in keinem Lande der Welt in die Krise selbst hineingerissen worden und bis heute die Zahl der beschäftigten Personen — konstant geblieben ist. Inmitten einer Welt von 15 bis 20 Millionen Arbeitslosen!

Die Großeinkaufsgesellschaft ist heute an der Warenversorgung der deutschen Konsumvereine mit nahezu 500 Millionen Markt in einem Jahre beteiligt, ihre 45 Produktions- und Veredlungsbetriebe erzeugen Waren im Werte von rund 140 Millionen Markt in einem Jahre für den geschlossenen Markt der Konsumgenossenschaften, ohne Kapital- und Warenrisiko, weil nicht Profitwirtschaft, sondern Bedarfsdeckungswirtschaft das Wesen der Konsumgenossenschaften ausmacht.

Darum: Bahn frei für die Konsumgenossenschaftliche Planwirtschaft im volkswirtschaftlichen Ausmaße!

Arbeitsgerichtliches

Ist der Verlust eines Auges Grund ein Lehrverhältnis zu lösen?

Ueber diese recht interessante Frage hat die Filiale Dresden eine Klage vor dem Arbeitsgericht geführt. Das Urteil des Arbeitsgerichts geht dahin, daß dies einen Grund zur Lösung des Lehrverhältnisses nicht ist, und es verurteilt den klagenden Malermeister zur Weiterbeschäftigung des Lehrlings.

Die Vorgeschichte ist folgende: Ein Lehrling, der bereits zwei Jahre Lehrzeit hinter sich hatte, hatte als Schulkind durch einen Steinwurf die Sehkraft des rechten Auges eingebüßt. Da der behandelnde Arzt die Eltern mit diesem Zustand auf spätere Besserung getrostet hatte, wurde bei Abschluß des Lehrverhältnisses der Zustand des Auges nicht erwähnt. Der Lehrmeister hat von der verlorenen Sehkraft auch nichts gemerkt bis zum Sommer 1930, wo er den Lehrling daraufhin einmal befragte. Er hat aber damals nichts dagegen getan, bis in diesem Frühjahr er, wahrscheinlich durch den eingetretenen Arbeitsmangel, einen Lehrling auf bequemere Art loswerden wollte. Ganz unvermittelt schickte er im März den Lehrling zum Augenarzt. Dieser bescheinigte, daß das rechte Auge erblindet sei, das linke Auge aber noch volle Sehkraft besitze. Mit diesem Zeugnis ging der Lehrmeister an den Lehrlingsausschuß und beantragte Lösung des Lehrverhältnisses, da er den Lehrling nicht mehr auf Gerüsten und Leitern verwenden könne und er auch für eine ordnungsgemäße Ausbildung infolge dieses Sehfehlers nicht garantieren könne. Der Lehrlingsausschuß gab dem Verlangen des Lehrmeisters statt und löste das Verhältnis. Da der Vater des Lehrlings damit nicht einverstanden war, klagten wir am Arbeitsgericht auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses.

Der klagende Lehrmeister stütze sich wiederum auf die Vorschriften der Unfallvorschriften, die allerdings nach näherem Hinsehen nur allgemein davon sprachen, daß jeder Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nur solche Arbeiten zuweisen darf, die ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden können und daß auf körperliche Gebrechen genügend Rücksicht zu nehmen ist.

Weiter verwies er darauf, daß er von dem Lehrling bei Abschluß des Lehrvertrages getäuscht worden sei, und er hatte sogar die Rühmlichkeit, deswegen von dem Lehrling einen Schadenersatz von 150 M zu verlangen.

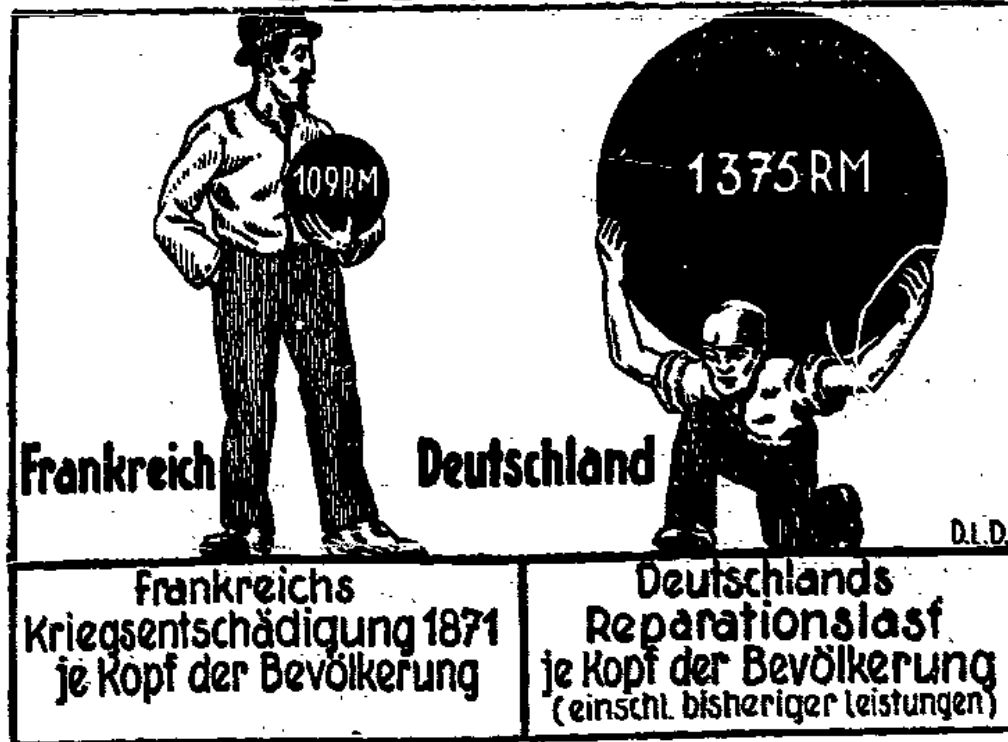
Vom Gericht wurde nunmehr auf unsern Antrag ein Augenarzt als Sachverständiger gehört, der im allgemeinen eine absolute Unfähigkeit zum Malergewerbe bestritt und bezeugte, daß andere Berufe noch weniger für einen Einäugigen in Frage kämen. Allerdings sei nach seiner Meinung der Abschluß des Lehrvertrages ein Fehler gewesen.

Dieses Gutachten sandte der Malermeister an die Berufsgenossenschaft, und diese teilte in einem Schreiben mit, daß sie nunmehr alle Arbeiten des Lehrlings auf Leitern, Gerüsten und hohen Standplätzen verbieten würde. Gegen dieses Schreiben haben wir uns mit den schärfsten Mitteln gewandt, und wir haben der Berufsgenossenschaft ein Recht auf berartige Beschränkungen bestritten, da uns bekannt ist, daß bei allen Klagen über Rentengewährung der Verlust eines Auges nur mit 25% Arbeitsminderung gewertet und nach einem Jahr der Gewöhnung sogar eine Herabsetzung der Rente vorgenommen wird. Weiter konnten wir auch darauf hinweisen, daß es im Malergewerbe nicht selten vorkommt, daß Maler nur ein Auge haben und niemand daran denkt, diesen Leuten die Fähigkeit zum Berufe abzusprechen.

Gegen das Hauptargument des Malermeisters, daß ihm der Zustand des Lehrlings verschwiegen worden sei, konnten wir einwenden, daß gerade dies ein treffender Beweis dafür sei, daß der Lehrling trotz dieses Zustandes seine Arbeit gemacht hatte, denn sonst hätte es dem Lehrmeister schon eher auffallen müssen, daß hier etwas nicht in Ordnung war.

Erfreulich ist, wie das Gericht die von uns gemachten Einwendungen bewertet hat, da dies recht deutlich aus

1871-1919



Die Reparationslast des Jahres 1871 und die heutige Forderung.

Schon vor dem Kriege wurden Reparationsprobleme behandelt. Man braucht nur auf die Ideen zurückzugreifen, die Norman Angell entwickelte und sie mit unklaren Erörterungen an den für Deutschland zweifelhaften Segen der französischen Kriegsschädigung von 1870-71 zu vermengen. Er kam damals zu dem im politisch willkommenen Ergebnis, daß große und einseitige Wertübertragungen von Land zu Land das empfangende Land kaum weniger schädigen als das gebende. Man hat diese sogenannte „Bumerang-Theorie“ in der Nachkriegszeit verlernt. Jedoch hat es sich gezeigt, daß auch an dieser Theorie, wie an allen nationalökonomischen Theorien, etwas wahr war. Man hat heute diese Theorie in die Empfangstheorie umgewandelt, die in großen Zügen behauptet, daß der Reparationserport sowie Reparationszahlungen in Gold in den Gläubigerländern eine der Höhe der Zahlungen entsprechende Steigerung der Nachfrage und damit eine Preissteigerung erzielen müssen, während das Schuldnerland einen Preisbruch in voller Höhe der Reparationszahlungen auf sich nehmen muß. Man behauptet nun, daß bereits 1871 eine derartige Erscheinung einwandfrei beobachtet werden konnte. Da heute Deutschland mehr als das Zehnfache zu bezahlen hat, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, als Frankreich 1871 bezahlte, so wäre nach dieser Theorie die Folge der Reparationszahlungen, daß Deutschland der Lieferant fast aller Industriewaren, die Frankreich braucht, werden muß. Es liegt also im Interesse der französischen Industrie, die durch die Besprechungen in Chequers eingeleiteten Revisionsbestrebungen zu unterstützen.

seinen Entscheidungsgründen hervorgeht. Es sagt: „Mit Rücksicht auf den Inhalt des Sachverständigen-gutachtens glaubt das Gericht, dem Beklagten das Recht auf Auflösung des Lehrvertrages versagen zu müssen, weil hier keine Rede davon sein kann, daß der Kläger unfähig ist, das Lehrverhältnis fortzusetzen. Es würde durchaus unbillig sein, wenn der Kläger jetzt, nachdem er bereits zwei Jahre ge-lernt hat, die Lehre verlassen müßte, zu-mal das Augenleiden des Klägers auch schon in den ersten beiden Lehrjahren be-standen hat, ohne daß es sich als ein wesentliches Hindernis bei der Arbeit für den Kläger dargestellt hätte. Würde die einseitige Erblindung den Kläger unfähig zur Fortsetzung des Lehrverhält-nisses gemacht haben, so hätte sich ohne Zweifel dieser Umstand schon seit längerer Zeit herausgestellt. Daß dies nicht der Fall gewesen ist, spricht allein schon da-für, daß der Kläger durchaus in der Lage ist, das Lehrverhältnis fortzusetzen.“

Hieran vermag auch der Inhalt des Schreibens der Sächsischen Baugewerksberufsgenossenschaft vom 22. Mai 1931 nichts zu ändern, weil erstens die mit diesem Schreiben angeforderte Anordnung noch gar nicht endgültig erlassen ist und weil zweitens gegebenenfalls, das heißt, sofern die Berufsgenossenschaft tatsächlich ein Beschäftigungsverbot gemäß § 10 ihrer Unfallverhütungs-vorschriften für den Kläger auf Leitern, Gerüsten und er-höhten Standplätzen erlassen würde, die Zulässig-keit bzw. Begründetheit dieses Verbotes zu prüfen wäre und der Kläger sich selbst bzw. durch seine Berufsvertretung da-gegen wenden könnte.

Selbstverständlich muß der Beklagte in gewissem Um-fange auf die Einmütigkeit des Klägers Rücksicht nehmen. Das ist ihm aber nach Treu und Glauben durchaus zu-mutun. Andererseits ist es Sache des Klägers, ob seine Einmütigkeit etwa dazu führen könnte, daß er die Ge-fellenprüfung nach Ablauf der Lehrzeit nicht besteht, und daß er gewisse Schwierigkeiten haben wird, wenn er nach Ablauf der Lehrzeit als Gehilfe sich Stellung suchen muß. Hierfür trägt er bzw. sein gesetzlicher Vertreter das Risiko, der Beklagte kann hierfür nicht verantwortlich gemacht werden. Nach dem ist wie geschehen zu ent-scheiden.“

Ohne den Verband wäre der Lehrling ohne weiteres um seine Lehrstelle gekommen; auch ein Beweis für den Nutzen der Organisation für die Lehr-linge, der leider noch nicht überall eingesehen wird. Nur die Lehrmeister wissen es, darum sind sie so scharf gegen den Verband, wenn er die Lehrlinge organisiert. F. S.

Praxisfragen

Sozialistische Schulungs-kurse.
Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Jahre in Verbindung mit den Bezirksausschüssen eine Anzahl von Schulungskursen, die je eine Woche dauern und die den Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterorganisationen die Möglichkeit bieten, unter fachkundiger Leitung sich in ein bestimmtes Fragengebiet zu vertiefen. Die Kurse finden in schön gelegenen Heimen statt, die den Teilnehmern auch Mög-lichkeit zur körperlichen Erholung bieten. Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft sind so niedrig wie möglich berechnet. Die Teilnehmergebühr beträgt für jeden Kurstag 5 M. Anmeldungen für die Kurse sind entweder an das sozialdemokratische Parteisekretariat des be-zurreichenden Bezirks oder an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Linden-straße 3, zu richten.

Fachtechnisches

- Patentschau.** Zusammengefasst vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Str. 59. Auskünfte bereitwilligst.
- Erteiltes Patent.** Kl. 75 c. 528 559. Farbstrahlapparat. Albert Kraus-berger, Holzhausen bei Leipzig.
- Gebrauchsmuster.** Kl. 75 c. 1175 229. Spritzpistole für Farbe und ähnliche Stoffe. Kurt Arnoldt, Berlin-Charlottenburg, Liegnitzerstr. 8.
- Kl. 75 c. 1175 561. Vorrichtung zum Verstäuben einer Flüssigkeit, insbesondere Farbe, mittels Druckluft. Gebrüder Pierburg AG, Berlin-Tempelhof, Ringbahn-straße 10.
- Kl. 75 c. 1175 562. Vorrichtung zum Verstäuben einer Flüssigkeit, insbesondere Farbe mittels Druckluft. Gebrüder Pierburg AG, Berlin-Tempelhof, Ringbahn-straße 10.
- Angemeldete Patente.** Kl. 9 b. F. 119. 30. Füllmalpinsel. Franz Furt-wacker, München, Corneliustr. 11/4.
- Kl. 22 g. N. 31 098. Verfahren zur Herstellung eines Lack- und Firnisentferners. The N. C. W. Paint and Varnish Remover Company Limited, Edinburgh, England.
- Kl. 22 h. D. 17. M. Verfahren zur Herstellung von Lacken, Filmen, plastischen Massen und dergleichen. Deutsche Hydrierwerke AG, Koblentz bei Krefeld in Aachen.
- Kl. 22 h. G. 70 672. Herstellung gefärbter Lacke. Ge-brüder Pierburg AG, Berlin-Tempelhof, Ringbahn-straße 10.
- Kl. 75 c. R. 79 002. Apparat mit Elektromagnet, ins-besondere zum Anstreichen von Eisenflächen. Dipl.-Ing.

Bücher für den Maler.

- Der Weg zur Farbe 15,- M.
 - Die Technik der Holzmalerei, 12 Tafeln in Mappe 18,- "
 - Die Perspektive für den Dekorationsmaler, mit 100 Zeichnungen 6,- "
 - 24 Schrifttafeln in Mappe, 25 Alphabete und Beispiele 10,- "
 - Fachblatt für Maler, Jahrgang 1926, gebunden, mit 48 farbigen Tafeln 12,- "
 - Fachblatt für Maler, Jahrgang 1928, gebunden, mit 85 farbigen Tafeln 18,- "
 - Fachblatt für Maler, Jahrgang 1930, gebunden, mit 85 farbigen Tafeln 25,- "
 - Die Geschichte der Dekorationsmalerei, illustriert, Ganzleinen 3,50 "
 - Der Weggenosse für den praktischen Maler 18,- "
 - Handbuch für Maler, von Wenzel 9,- "
 - Das Ganze der Schildermalerei, von Wenzel, illustriert 7,- "
 - Die Farbensibel, von Ostwald 10,- "
 - Die Technik der Auflackierung, von Oliver-Wolff 20,- "
 - Form- und Farbenwunder der Spritztechnik, von Lüpke, broschiert 8,50 "
 - Baumann-Praxis Farblösungsbuch, von 4,75, 9,-, 10,- bis 23,- "
- Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10
oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

August Rehmann, Düsseldorf-Gräfenberg, Grimm-straße 32.
Kl. 75 c. M. 131. 30. Flacher Handpinsel mit mehreren Borstenbüscheln. Werner Munter, Bruchsal in Baden, Friedrichstraße 20.

Bereinstell

Eingefandte Gelder für Monat Juni 1931
Eingefandt haben: Aachenburg 250 M., Bamberg 625, Bayreuth 550, Berlin 720, Bielefeld 300, Branden-brug 200, Braunschweig 220, Bremen 1900, Bremer-haven 250, Breslau 2487, Buzlau 100, Chemnitz 400, Danzig 200, Darmstadt 1960, Dessau 575, Dortmund 200, Dresden 800, Duisburg 200, Düren 250, Düsseldorf 200, Eisenach 240, Emden 150, Erfurt 200, Essen a. d. Ruhr 1400, Flensburg 600, Forst 150, Frankfurt a. Main 5250, Frankfurt a. d. Oder 150, Freiberg 40, Freiburg 150, Fried-berg 300, Fürstenwalde 150, Gießen 450, Glogau 250, Görlitz 60, Gotha 231,20, Göttingen 800, Greiz 150, Grün-berg 50, Gumbinnen 250, Güstrow 450, Halle a. d. Saale 200, Hamburg 800, Hannover 1380, Heidelberg 280, Heilbronn 100, Herford 200, Hirschberg 150, Hof 300, Ingolstadt 230, Jüterburg 150, Jüterbog 50, Karlsruhe 250, Kassel 400, Kiel 434, Koblenz 250, Köln 1550, Königs-berg 430, Königshütte 50, Köslin 100, Rottbus 100, Kref-eld 240, Landsberg 200, Lauenburg 160, Leipzig 300, Liegnitz 200, Lübeck 1620, Lüneburg 200, Magdeburg 200, Mainz 480, Mannheim 300, Mors 30, Mülheim 110, München 1800, Münster 250, Neumünster 830, Neustadt 200, Neustrelitz 180, Nordhausen 200, Nürnberg 500, Oberhausen 225, Oidenburg 474,80, Pflaun 200, Pots-dam 1220, Regensburg 300, Reichenbach 200, Rendsburg 150, Rostock 250, Schweinfurt 150, Sorau 140, Sprem-berg 100, Stettin 3400, Stolp 60, Straßburg 300, Stutt-gart 450, Swinemünde 150, Weimar 180, Wiesbaden 1100, Wilhelmshaven 2100, Wolfenbüttel 140, Wuppertal 200, Würzburg 190, Zeitz 200, Zwickau 420.
L. Ringel, Kassierer.

Bekanntmachungen

Durch die Wahl des bisherigen Jugendleiters, Kollegen P. Mehrens, zum Schriftleiter des Ver-bandsorgans, ist die Stelle des Reichsjugendleiters im Verbandsvorstand neu zu besetzen. Die Bewerber müssen über Kenntnis der Arbeiterjugendbewegung, agitatorische und organisatorische Fähigkeiten verfügen und vor allem schreibgewandt sein. Mitglieder, die an-nehmen, den gestellten Anforderungen zu entsprechen, bitten wir, ihr Bewerbungsschreiben mit der Angabe, bis wann sie die Stelle antreten können, bis spätestens 1. August beim Verbandsvorstand einzureichen. Dem Bewerbungsschreiben ist beizufügen: eine gedrängte Abhandlung über die Aufgaben eines Reichsjugend-leiters und ein handschriftlich geschriebener, kurz ge-haltener Lebenslauf. Der Verbandsvorstand.

Das Mitgliedsbuch Nr. 49 012 des Kollegen Erich Schneider, geb. am 31. Juli 1911 in Großsittchen bei Banz, eingetreten am 15. Juni 1926 in Neugersdorf, ist abhanden gekommen. Wir bitten, wenn es irgendwo auftaucht, anzuhalten und der Filiale Chemnitz, Dresdener Straße 38, einzusenden. Der Verbandsvorstand.

Literarisches

Aus der Werkstatt der Politik und des Staates. Wir kennen die Entwicklung des neuen Staates, wir haben sie miterlebt, mitgestaltet; jedoch die Ereignisse dieser Entwicklung sind in unserer Erinnerung verbläßt. Ein neues Nachschlagewerk von Euno Horkenbach, „Das Deutsche Reich von 1918 bis heute“, gibt uns den

ganzen Materialschatz der neuen staatspolitischen Ent-wicklung. Erst wenn man sich in dieses ausgezeichnete Handbuch etwas vertieft hat, erkennt man, wie dringend notwendig es war, diese Dinge einmal geordnet zu-sammzufassen. Das Buch bietet in neutraler, objek-tiver Form das Material des Kräftefeldes im Reich, im Parlament und Verwaltung. Es wird uns allen ein wichtiges Hilfsmittel und Nachschlagewerk sein. Es ist aber auch für alle diejenigen, die sich nicht berufsmäßig mit den Dingen auseinandersetzen haben, ein wichtiges Orientierungs- und Bildungsmittel. Keine Theorie - Praxis, wahres Leben ist das große Anschauungsmaterial dieses Werkes. Für die Gewerkschaften ist das Buch von größtem Wert und sollte auch in allen Bibliotheken der Ortsverwaltungen zu finden sein. Es umfaßt mit allen Statistiken etwa 900 Seiten und kostet in Ganz-leinen gebunden nur 15 M.

Aus dem Inhalt: Geschichtliche Entwicklung des Deutschen Reiches, eine chronologische Folge der wichtigsten Ereignisse von Januar 1918 bis Ende Dezember 1930 - Politische und Ver-waltungsstruktur des Deutschen Reiches - sämtlichen Par-lamenten, Reichsregierungen, Reichsministerien, Reichsbe-rat, Reichsanstalten, Reichskommissionen, Banken, Institutionen des öffentlichen Rechts, Reichsbahn-Gesellschaft, Reichsverbände, Zentralen der Religionsgesellschaften und diplomatischen Ver-tretungen - Gebietsverteilung und Statistik des Deutschen Reiches, mit sehr wertvollen und interessanten Unterlagen und der Dar-stellung der deutschen Länder mit ihren Ministerien und einge-bunden Einzelheiten - Biographien führender Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung von Januar 1918 bis jetzt. Dann folgen: die politischen Parteien - Organisationen der Presse und des Schrifttums (ebenfalls sehr übersichtlich und mit allen wissen-swerten Einzelheiten dargestellt) - Personen- und Sachregister sowie Spezialregister zum Verfasser Vertrag, zur Reichsverfassung und zum Young-Plan.

In Anbetracht des außerordentlich wertvollen Inhalts des Werkes hat die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Originalverleger eine Organisations-ausgabe vereinbart, die zum Preise von 11 M an die freigewerkschaftlich organi-sierten Kollegen abgegeben wird.

„Organisiertes Kapital.“ Von seiner Höhe. Urania-Ver-lager-Verlag G. m. b. H., Jena. Mit vielen Tabellen und Auf-stellungen. Brochüre 1,50 M., in Ganzleinen 2 M. Vorzugsaus-gabe 2,75 M. Unsere Wirtschaftsordnung hat in den letzten Jahr-zehnten eine immer rascher fortschreitende Umbildung erfahren. Konzentration und Nationalisierung sind die Schlagwörter für diesen Prozeß. Immer größer wird die Zahl derer, die anti-kapitalistisch sind und nach einer neuen Ordnung verlangen. Willen diese aber wirklich um die entscheidenden wirtschaftlichen Vorgänge? Kennen sie die wirtschaftliche Bedeutung der Aktien-gesellschaft, der Kartelle, Konzerne und Trusts? In diesem Buche wird eine ungemünzte, anschauliche, auch dem einfachen Ar-beiter verständliche Darstellung der Formen dieses organisierten Kapitalismus gegeben. Der Verfasser steht in der Praxis der Arbeiterbildung und hat alle diese Formen nicht zusammenhängend nebeneinander gestellt, sondern gezeigt, wie sie zugleich eine Um-formung des kapitalistischen Systems, eine Neugestaltung der Theorien von Karl Marx bedeuten. So ist das Buch im besten Sinne des Wortes eine Einführung in die Formen der Wirk-samkeit unserer Lage. Schon lange mangelte es an einer solchen Schrift. Man muß dem Verlag der „Urania“ danken, daß er mit diesem Griff gerade im rechten Augenblick diese hochwerti-gen Schrift herausbringt. Die Ausstattung des Buches ist ebenfalls gut. Das Buch sollte deshalb überall besprochen, diskutiert und gelesen werden.

„U. S. A. m. o. w. i. t. i. c.“ Wandlungen der bolschewistischen Diktatur.“ Verlag F. S. M. Dieckmann, Berlin SW 68. 25 S. Die soeben erschienene Schrift von R. Abramowitsch, „Ab-hand-lungen der bolschewistischen Diktatur“, bringt auf wenigen Seiten die Geschichte eines ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Prozesses zusammen, der Ausmaß von Grund auf umgestaltet hat. Die Schrift ist von einem der vor-rangigsten Kämpfer der russischen Revolution verfaßt, der viele am eigenen Leibe erlebt hat. Scharfsinnig untersucht Abramowitsch zwischen den Absichten und Zielsetzungen der wirkenden Parteien und ihren wirklichen objektiven Leistungen und wirklichen Funktionen. Die Bolschewisten wollten ein freibewegliches, sozia-listisches, kommunistisches Russland aufbauen, und sie führten ein staatsliches, großindustrielles Zwangsregiment auf, sie er-zichteten eine Volkswirtschaft, die mit dem Merkantilismus des aufgestellten Absolutismus eine gewisse Ähnlichkeit hat, ein Merkantilismus allerdings auf einer ganz neuen Basis. Der Staat wird zum Organisator der Industrie unter ungeheuren Opfern für die ganze Bevölkerung. Alle Phasen der russischen Umwälzung sind mit dramatischer Lebendigkeit von Abramowitsch dargestellt: Die bolschewistische Novemberrevolution, der Kriegs-kommunismus, die Neue ökonomische Politik (mit ihrer teilweisen kapitalistischen Warenproduktion), die Kollektiv-isierung, die Industrialisierung, der Stalinismus. Ueber-zugend weiß Abramowitsch nach, daß der zwangsstaatliche bol-schewistische Bürokratismus Rußlands den freibeweglichen Sozialismus nicht verwirklichen kann, den die Sozialdemokratie gestalten will. Dieser Zwangsstaat „verschüttet“, wie Rosa Luxemburg einmal ausführt, den lebendigen Quell selbst, das aktive, ungehemmte, energiegelbe politische Leben der Masse.“

Vom 5. Juli bis 11. Juli ist die 28. Beitragswoche.
Vom 12. Juli bis 18. Juli ist die 29. Beitragswoche.

Sterbefälle.

- Dresden.** Am 28. Juni verschied unser junger Kollege Erich Hahn, aus Kroschke, infolge Schwindbruch im Alter von 22 Jahren. - Am 24. Juni starb unser Mitglied, der Kollege Emil Dressch aus Schmiede-berg infolge Herzlähmung im Alter von 55 Jahren.
- Hannover.** Am 27. Juni starb unser treuer Kollege Heinrich Deiters im Alter von 44 Jahren infolge Blutarmer.
- München (Zählstelle Reichenhall).** Unser lieber Jung-kollege Franz Reiber stürzte am 14. Juni in den Alpen tödlich ab.
- Nürnberg.** Am 1. Juli starb der Kollege Christian Rudolf, eingetreten am 30. März 1907 zu Nürn-berg, an Arterienverfaltung. - Am 1. Juli starb der Kollege Edmund Schumann, eingetreten am 9. März 1912 zu Nürnberg, an einem Lungenleiden.
- Wiesbaden.** Am 25. Juni starb unser langjähriges treues Mitglied, der Kollege Aloys Trodt infolge Hirn-schlags.

Ehretihrem Andenken!

Verlange sofort gratis und franko den neuen illu-strierten Katalog der Münchener Malerzeitung.
Verlange sofort eine Probennummer der Münchener Malerzeitung.
Verlag Georg Heyder, München NO 2, Liebherrstraße 1.